FriZ

Zeitschrift für Friedenspolitik

Fr. 10.– Nr. 4/02

Aktuell
SFR lanciert Kleinwaffenkampagne

Thema
Terrorismus und Bürgerkrieg

Service
Taten zum Frieden

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Editorial

Dass wir Sie an dieser Stelle wieder begrüssen dürfen, haben wir einzig und allein Ihnen zu verdanken. Die Reaktion auf unseren Spendenaufruf in der letzten FriZ war grossartig: Innert weniger Wochen war bereits die Hälfte der benötigten 50 000 Franken zusammen, und bis Redaktionsschluss sind rund 40 000 Franken an Spenden bei uns eingetroffen. Auch wenn damit zurzeit für die Sicherung der Produktion bis Ende Jahr noch etwa 10 000 Franken fehlen, versprechen wir Ihnen schon heute, dass Sie auch im Oktober und im Dezember eine FriZ in ihrem Briefkasten finden werden! Mehr zur Kampagne «Rettet die FriZ» lesen Sie auf Seite 3.

Während für die FriZ der «unternehmerische» Schwerpunkt bei der Gewinnung von Neu-AbonnentInnen liegen muss, wird sich unser Herausgeber, der Schweizerische Friedensrat, für einen neuen inhaltlichen Schwerpunkt einsetzen: Am 1. August hat der SFR die schweizerische «Kampagne gegen Kleinwaffen» lanciert. Ziel ist (noch) nicht die utopische Forderung nach Abschaffung der Kleinwaffen, sondern vorerst der Einsatz für eine bessere Waffengesetzgebung und gegen die Verharmlosung des privaten Waffenbesitzes. Mehr zur Kleinwaffenkampagne finden Sie auf Seite 5 dieser FriZ und im Internet unter www.friedensrat.ch.

Die Redaktion

Inhalt

Aktuell

Thema

Forum

Service

Aufatmen bei der FriZ

Die Spendenkampagne der FriZ war ein Erfolg. Dank der grossen Solidarität von LeserInnen und Organisationen kann die Zeitschrift für Friedenspolitik weiter produziert werden. Längerfristig ist sie aber auf mehr AbonnentInnen und Inserate angewiesen.

Von Christa Zopfi

Mit dem Aufruf «Rettet die FriZ!» haben wir unsere LeserInnen, die Mitglieder des Schweizerischen Friedensrates und uns nahe stehende Organisationen auf die finanzielle Notlage der FriZ aufmerksam gemacht. Das Echo war unerwartet positiv: Die eingegangenen Spenden ermöglichen es dem Friedensrat, die FriZ weiterhin herauszugeben, auch wenn die bis Ende Jahr benötigte Summe von 50 000 Franken noch nicht ganz erreicht wurde. Bis Redaktionsschluss belief sich der Betrag auf knapp 40 000 Franken. Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich für jede Spende und jede andere Form von Unterstützung, die wir bekommen haben. Verschiedene Organisationen haben ein bezahltes Inserat aufgegeben oder mit einem redaktionellen Beitrag in ihrem Medium auf die Rettungsaktion aufmerksam gemacht. Einige LeserInnen haben ihre Solidarität in Briefen ausgedrückt, die FriZ abonniert und Geschenkabos bestellt.

Das ermutigt die Redaktion, in den nächsten Monaten alles daran zu setzen, dass die FriZ auch im Jahr 2003 erscheinen kann. Um ein ausgeglichenes Budget aufstellen zu können, brauchen wir langfristig mindestens 700 neue AbonnentInnen und mehr bezahlte Inserate. Deshalb werden wir verschiedene Werbeaktionen durchführen, von der stärkeren Präsenz an Veranstaltungen bis zur Einführung eines Gönnerabonnements ab 2003.

Werben auch Sie für die FriZ

Die beste Werbung für die FriZ ist die Mundpropaganda unserer LeserInnen: Machen Sie in Ihrem Bekanntenkreis auf die FriZ aufmerksam. Bestellen Sie Probenummern oder Flyer, die Sie an einer Veranstaltung auflegen und verteilen können. Als Institution oder Unternehmen erreichen Sie mit einem Inserat in der FriZ interessierte «KundInnen». Wir schicken Ihnen gern den Inseratetarif.

Auch wenn die FriZ kurzfristig vor dem Untergang gerettet ist, wird sie weiterhin auf Spenden angewiesen sein. Darum liegt auch dieser Nummer ein Einzahlungsschein bei. Wir hoffen auf die Unterstützung von Leuten, die angeregt durch den ersten Erfolg unserer Kampagne auch einen Beitrag an die FriZ leisten möchten. Dafür danken wir schon im Voraus.

«... die FriZ ist bei mir hoch im Kurs ...»

Reaktionen auf die Rettungskampagne der FriZ

«Ihrem Aufruf bin ich gefolgt und hoffe, dass meine Spende auch beiträgt zum weiteren Erscheinen der Zeitschrift. Es wäre ausserordentlich schade, denn die Themen behandeln Sie meisterhaft. Einige ältere Exemplare habe ich zur Ansicht an Bekannte weitergegeben. So hoffe ich sehr, dass die Aktion erfolgreich sein wird.»
S.D.

«Mit grosser Betroffenheit und innerer Solidarität habe ich das ‹Rettet die FriZ› gelesen. Hoffentlich gelingt es!»
R.F.

«Mein Beitrag ist klein, ist eher symbolisch, aber er ist ernst gemeint und liegt in meinen Möglichkeiten. Die FriZ ist bei mir hoch im Kurs. Ihr bearbeitet überlebenswichtige, gewaltige Probleme. Es wäre ein Jammer, wenn ihr aufgeben müsstet.»
K.K.

«Mit grosser Besorgnis habe ich in der aktuellen FriZ-Ausgabe euren Aufruf zur Rettung der FriZ gelesen. Nein, für den Tod bist du zu jung, zu schön, zu wichtig. Als Zivildienstleistender habe ich mir Gedanken gemacht, wie dein Verschwinden verhindert werden kann. Es sollte möglich sein, in unserer Publikation einen kleinen Artikel zu platzieren und auf deine finanzielle Misere aufmerksam zu machen.»
S.B.



Israel und Palästina – Zeichen paradoxer Hoffnung

Ein Aufruf zur Hilfe und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Zusammenarbeit und demokratische Partizipation lanciert von Centrale Sanitaire Suisse CSS Zürich und medico international Frankfurt a.M.

Es gehört zur Tragik des israelisch-palästinensischen Konflikts, dass mögliche politische Lösungen von den Konfliktparteien als Bedrohung ihrer jeweiligen Existenz betrachtet werden. Die fatale Dynamik, die daraus resultiert, wird solange anhalten, wie Israeli und PalästinenserInnen nicht in einen Prozess der Versöhnung eintreten, der von den zivilen Gesellschaften getragen wird. Versöhnung ist nicht nur das Ergebnis politischer Friedenslösungen, sondern auch deren Voraussetzung.

Im Nahen Osten wird heute deutlich, was auch für andere Konflikte der Welt gilt: Gesicherte Existenz liegt nicht in der Abgrenzung, dem Separieren von Staaten und dem Aufbau von Feindbildern, sondern nur im gleichberechtigten Neben- und Miteinander. Auf Dauer würde Palästina die Abkopplung von dem hohen israelischen Entwicklungsstand ebenso wenig Vorteil und Zukunft bringen wie Israel das Festhalten an Vorherrschaft und dem Dogma, dass eigene Sicherheit nur durch Überlegenheit gewährleistet ist.
Die aktuelle Politik der Kriegsparteien ist bei aller militärischer Ungleichheit letztlich von derselben Logik dominiert. Sie zielt auf die Unsicherheit und Demütigung der jeweiligen Gegenseite und hat die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu Geiseln des Konflikts werden lassen. Selbstmordattentate und Übergriffe auf Flüchtlingslager erzwingen nationale Identifikationen und fördern den gegenseitigen Hass. Solche Identitäten aber sind nicht von Dauer und schaffen keine Sicherheit.

Keine Entschuldigung für Verletzung der Menschenrechte

Es mag als hoffnungsloses Unterfangen erscheinen. Trotzdem. Wir rufen auf zu direkter und unmittelbarer Hilfe. Denn es gibt Israeli und PalästinenserInnen, die sich der weiteren Polarisierung ihrer Gesellschaften entgegenstellen; denn es gibt Juden, Jüdinnen und MuslimInnen, die in ihren Handlungen täglich die Grundsätze der Unteilbarkeit der Menschenrechte und die Werte der Aufklärung in gegenseitiger Hilfe füreinander und miteinander praktizieren.
Die BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland sowie anderer Länder Europas stehen in einer historischen Verantwortung gegenüber dem Staat Israel.
Das unbestreitbare Existenzrecht Israels aber legitimiert nicht die Menschenrechtsverletzungen gegen die PalästinenserInnen, die Zerstörung ihrer zivilen Infrastruktur und die de facto Besetzung der Autonomiegebiete. Genauso wenig entschuldigen die Unterdrückung und Ohnmacht der palästinensischen Gesellschaft die unheilvollen Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung. Auch in bewaffneten Konflikten muss das humanitäre Völkerrecht gelten und ist nicht jedes Mittel erlaubt.

Bildung eines zivilen Fonds

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, erklären unsere Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die der zunehmenden Verfeindung zwischen Juden, Jüdinnen und PalästinenserInnen eine bewusste Zusammenarbeit entgegensetzen. Wir rufen zur Bildung eines zivilen Fonds auf, der Initiativen fördert, die auf Zusammenarbeit setzen und dabei in ihrer alltäglichen Arbeit für die demokratische Ausgestaltung ihrer Gesellschaften streiten.

Exemplarisch stehen dafür die gemeinsamen Projekte der israelischen Physicians for Human Rights mit der Union of Palestinian Medical Relief Committees. Beide betreiben seit mehr als 10 Jahren gemeinsam eine mobile Klinik im Westjordanland. Für die israelischen ÄrztInnen haben alle BewohnerInnen Israels und Palästinas ohne Ansehen ihrer Herkunft und Religion Anspruch auf eine medizinische Grundversorgung. Die Union of Palestinian Medical Relief Committees ist in der medizinischen Versorgung der aktuellen Kriegsopfer engagiert. Ihr Leiter, Dr. Mustafa Barghouti fordert zusammen mit anderen palästinensischen Intellektuellen das Ende der israelischen Besatzung und die Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft.

Die Zusammenarbeit beider Organisationen versucht nicht nur eine Notversorgung der leidenden Menschen zu gewährleisten, sondern sie ist ein Beweis dafür, dass auch jetzt noch gleichberechtigte und freie Beziehungen zwischen MuslimInnen und Juden, Jüdinnen möglich sind, die in der scheinbaren Hoffnungslosigkeit von unten «Inseln der Vernunft» schaffen.

Unterzeichen auch Sie diesen Aufruf mit Ihrer Spende für den zivilen Hilfsfonds für Israel und Palästina, deren Höhe Sie bestimmen. Das Stichwort dafür lautet: «Israel und Palästina», Centrale Sanitaire Suisse Zürich, PC 80–7869–1.

Name, Beruf ....

Adresse ....

Unterschrift ....

Bitte senden Sie den Talon mit Name, Beruf und Adresse sowie Ihrer Unterschrift an: CSS Zürich, Pf 1215, 8031 Zürich. Für Fragen und Auskünfte: Jochi Weil, Projektverantwortlicher der Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich, Department Palestine and Israel, Telefon Büro: 01/242 72 44 (nachmittags); E-Mail: j.weil@bluewin.ch

Friedensrat lanciert Kleinwaffenkampagne

Der Schweizerische Friedensrat hat am 1. August 02 die schweizerische «Kampagne gegen Kleinwaffen» lanciert. Damit reagiert er auf die eklatanten Versäumnisse bei der schweizerischen Waffenkontrolle nach den Bluttaten von Zug und Erfurt und will den grassierenden Kult der Waffen eindämmen.

Von Peter Weishaupt, SFR

Der 1. August war für den SFR der gegebene Zeitpunkt: Die dem Nationalfeiertag zu Grunde liegenden Widerstands-Mythen werden bis heute missbraucht für einen gefährlichen 'Kult der Waffen'. Dieser Kult hat bisher eine wirksame Kontrolle des privaten Waffenbesitzes und -handels verhindert und auch zur penetranten Präsenz von Sturmgewehren im öffentlichen Raum bis in den sprichwörtlichen Schrank zuhause geführt. Dem will die Kleinwaffenkampagne ein Gegengewicht setzen.

Der erste konkrete Schritt in der Kleinwaffenkampagne bildet die angesagte Revision des Waffengesetzes, die nicht zur Alibiübung verkommen darf. Dass weniger als ein halbes Jahrzehnt nach seiner Inkraftsetzung bereits eine Revision des Waffengesetzes notwendig ist, zeigt deutlich auf, dass bei der Gestaltung desselben nicht sachliche Lösungen im Vordergrund standen, sondern die Waffenlobby sich mit ihren Anliegen durchsetzte. Das darf sich nicht wiederholen. Die Revision des Waffengesetzes muss zu einer starken Einschränkung und zur strikten Kontrolle des kommerziellen und privaten Waffenhandels sowie des Waffenbesitzes führen.

Aber auch bei der laufenden Revision des Militärgesetzes haben die Eidgenössischen Räte alle Schritte in Richtung einer Einschränkung des Waffenkults versäumt: Die ausserdienstliche Schiesspflicht wird nicht abgeschafft, die Angehörigen der Armee sollen weiterhin ihre 'persönliche Waffe' nach Hause mitnehmen können, selbst der Verzicht auf die Abgabe von Munition wurde abgelehnt. Und nach wie vor wird am Ende der Dienstpflicht das Gewehr an die Wehrmänner abgegeben statt entsorgt. Vordringlich bleibt die Forderung, dass bei der Reduktion der Bestände der Armee XXI die 'überschüssigen' Sturmgewehre nicht in den Handel gebracht, sondern verschrottet werden. Das ist die minimale Vorleistung der Schweiz an eine UNO-Konvention gegen die Kleinwaffen. Bedenklich ist weiter, dass die ehemalige Eidgenössische Waffenfabrik (privatisiert als Ruag) die Produktion von kleinkalibriger Munition von der Dynamit Nobel übernimmt (mit dem Ausfall von Munitionsaufträgen der Schweizer Armee als Rechtfertigung) und damit zum führenden Anbieter in diesem Bereich in Europa werden soll. Dies steht in krassem Widerspruch zur weltweiten Eindämmung von Kleinwaffen und damit zur schweizerischen Aussenpolitik.

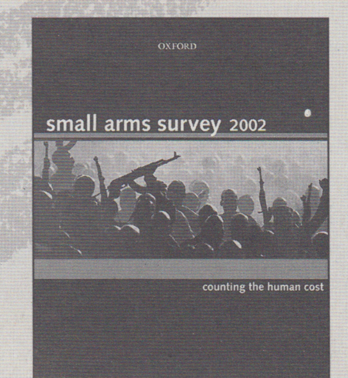
Mit der Kampagne unterstützt der Schweizerische Friedensrat ausdrücklich die offiziellen schweizerischen Bemühungen für eine Konvention der UNO zur weltweiten Eindämmung der Kleinwaffen. Die Dringlichkeit dieses Anliegens veranschaulicht die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren weltweit gegen neunzig Prozent der Kriegsopfer – in ihrer grossen Mehrheit Zivilpersonen – mit Kleinwaffen getötet worden sind.

Weitere Infos: www.friedensrat.ch
Interessierte melden sich bei: SFR, Peter Weishaupt, Telefon 01 242 93 21.

Kleinwaffenübersicht '02

Welches ist das Land mit der grössten Kleinwaffenproduktion? Wofür setzten sich seine offiziellen Vertreter/innen an der UN-Kleinwaffenkonferenz 2001 in New York ein? Welche Sicherheitsrisiken treten bei der Lagerung von Kleinwaffen auf? Wie könnte man gegen diese herrschenden Probleme angehen? In welchem Zustand befindet sich gegenwärtig der Schwarzmarkt? Und wie nahe ist er mit dem legalen Waffenhandel verbunden? Antworten auf diese und ähnliche Fragen werden im «Small Arms Survey 2002», einem statistischen Jahrbuch des Genfer Institut uni-ver-sitaire de hautes études internationales (IUHEI), gegeben. Im Zusammenhang mit der vom Friedensrat lancierten schweizerischen Kampagne gegen Kleinwaffen sei hier auf dieses, das Thema auf internationaler Ebene angehende Werk verwiesen. Die «Small Arms Survey» erscheint dieses Jahr in neuer Fassung, ergänzt durch aktuelle Zahlen und Informationen mit einem zusätzlichen Schwerpunkt auf den humanitären Auswirkungen der Kleinwaffen. Es ist die weltweit einzige Informationsquelle dieser Art und als wissenschaftlich fundierte Unterstützung im Kampf gegen die Verbreitung und den Missbrauch von Kleinwaffen gedacht.

In französischer und englischer Sprache zu beziehen bei: Institut universitaire de hautes études internationales, Avenue de Secheron 12, CH – 1202 Genf, Schweiz, Tel +41 22 908 57 77, Fax 22 732 27 38, Email: smallarm@hei.unige.ch, Web site: www.smallarmssurvey.org



Die Toten in Tschetschenien zählen nicht mehr

In Tschetschenien herrscht seit acht Jahren Krieg und Terror. Unter dem Deckmantel der Rebellenbekämpfung können russische Soldaten praktisch ungestraft töten, plündern und zerstören. 200 000 Flüchtlinge leben unter erbärmlichsten Verhältnissen in Inguschetien.

Von Elisabeth Petersen*

«Ein Volk wird zertreten, ohne dass ein Finger sich rührt. Internationales Schweigen in bester Komplizenschaft. Keine klare und hörbare Verurteilung, kein politischer Druck, keine wirtschaftlichen Sanktionen, keine Strafverfolgung, nichts. Europa verneint sich selbst, indem es in freiwilliger Ohnmacht verharrt.» Dieses Zitat stammt aus dem internationalen Aufruf zur Beendigung des Völkermordes in Tschetschenien aus dem Jahr 2000.[1]
Abgesehen von kurzen Unterbrechungen herrscht in Tschetschenien seit acht Jahren Krieg. Über 100 000 Menschen starben im ersten Krieg (1994–1996), im zweiten sind es seit 1999 fast noch einmal so viele. 30 000 gelten als verschollen. Städte, Dörfer, Schulen, Spitäler sind zerstört. Es gibt keinen Strom, kein sauberes Wasser.
Die Menschen erleiden monatelange Bombardierungen. Selbst international geächtete Aerosol-, Vakuum- und Splitterbomben kommen zum Einsatz. Die russischen Soldaten demonstrieren ihre Machtposition durch regelmässige Plünderungen und öffentliche Massenvergewaltigungen von Frauen und Männern. Immer und immer wieder verschwinden Menschen in Filtrationslagern. Diese Not und die Angst vor weiteren Übergriffen treibt Hunderttausende in die Flucht.

*Elisabeth Petersen, Juristin und Lehrerin, lebt in Zürich und bereiste kürzlich die Region. Sie befasst sich insbesondere mit Menschenrechtsfragen und Friedensförderung.

Keine Sanktionen gegen Russland

Das Morden in Tschetschenien ist kein Thema mehr, das die Welt bewegt. Auf den politischen Gipfeltreffen ist der Hinweis auf Tschetschenien, wenn er überhaupt erfolgt, nur noch ein Ritual: Keine Verurteilung durch die Menschenrechtskommission der UNO, kein Ausschluss Russlands aus dem Europarat, obwohl sich der ehemalige Europarat-Gesandte für Tschetschenien, Alvaro Gil-Robles, anlässlich eines Besuches Anfang 2001 erschüttert zeigte. Er habe ein Ödland von Geisterstätten, Hunger, Verzweiflung und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vorgefunden. Russische Truppen agieren in Tschetschenien in einem rechtsfreien Raum. Todesschwadrone sind unterwegs. Seit dem 11. September 2001 hat sich die Situation im Kaukasus weiter verschlechtert. Die russischen Streitkräfte gehen nun weitaus brutaler gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung vor. Vladimir Putin hat als «strategischer Partner» Europas und Amerikas freie Bahn für das Hinschlachten des tsche-tschenischen Volkes bekommen. Die Toten von Tschetschenien werden nicht mehr gezählt. Was jedoch schlimmer ist – sie zählen auch nicht mehr.

Tradition des Widerstands gegen russische Herrscher

Die TschetschenInnen sind ein alteingesessenes Volk im Nordkaukasus, das bis heute in Clans organisiert ist. Tschetschenisch ist eine kaukasische Sprache, die nicht verwandt ist mit dem Russischen. Auf dem heutigen Territorium von Tschetschenien, das fast halb so gross ist wie die Schweiz, lebten vor dem Krieg rund 1,3 Millionen Menschen. Sie wurden erst im 16. Jahrhundert islamisiert. Seitdem sind die meisten tschetschenischen Stämme sunnitische Moslems, AnhängerInnen des sehr gemässigten Sufismus.

Sie widersetzten sich seit jeher der Eroberung durch Russland. Schon Iwan der Schreckliche scheiterte mit dem Versuch, die für Russland geopolitisch wichtige Kaukasus-Region zu befrieden. Der jahrhundertealte Widerstand gegen Moskau, der unvorstellbare Menschenopfer aus den eigenen Reihen forderte, setzte sich auch im Sowjetstaat fort. 1944 kam es auf Stalins Befehl zur Deportation der TschetschenInnen und InguschInnen nach Sibirien – unter dem Vorwand einer Kollektivstrafe für angebliche Kollaboration mit Hitler-Deutschland. Heute gibt es kaum eine tschetschenische Familie, die kein Opfer die- ser Vertreibung zu beklagen hätte. Erst 1957 durften die Überlebenden aus Zentralasien in ihre alte Heimat zurückkehren.

Grosny, die Hauptstadt Tschetscheniens, war vor dem Krieg mit 400 000 Einwohnern die grösste Stadt des Kaukasus. Schon nach dem ersten Krieg bot sie ein Bild wie Dresden oder Coventry im Jahre1945. War dieser Krieg in Russland noch unpopulär, so schaffte es die Kremlregierung danach in einer Medienkam-



Grosny, vor dem Krieg die grösste Stadt im Kaukasus, ist heute zum grossen Teil zerstört (Bild: Elisabeth Petersen)

pagne die TschetschenInnen als «Kriminelle», «Gangster» und «VerbrecherInnen» zu diffamieren. Und Präsident Putin zog einige Popularität aus dem neu inszenierten zweiten Krieg.

Greueltaten kommen nicht an die Öffentlichkeit

Zur Zeit spielt sich in Tschetschenien Grauenvolles ab. So berichtete kürzlich Andrei Babitsky, ein seit Jahren mit dem Krieg in Tschetschenien vertrauter Journalist, vor der Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), was er zwischen Semaschki und Achkoi-Martan im Herbst 1999 beobachtet hatte. Russische Soldaten eröffneten das Feuer auf zwei Autos, in denen sich drei Männer und zwei Frauen befanden. Die Männer wurden schwer verwundet. Die Soldaten fesselten sie mit Drähten und nach kurzem Beraten gossen sie Benzin über die Männer und zündeten sie an. Solche und ähnliche Vorkommnisse sind laut Babitsky keine Besonderheiten in diesem Krieg. Die Welt erfährt aber kaum davon.

Über den Konflikt hat Moskau eine totale Nachrichtensperre verhängt. Ausländische JournalistInnen, die während des ersten Krieges kritisch berichteten, erhielten im letzten Jahr Landesverweis für fünf Jahre. Heute wird jede Information durch das offizielle Pressezentrum des Kremls und des Geheimdienstes FSB in Chankala gesteuert.

Nur so lassen sich vermutlich Aussagen wie die von Alt-Nationalrat Ernst Mühlemann erklären, der nach einem offiziell geführten Besuch in Tschetschenien in der Thurgauer Zeitung vom 2. März 2000 behauptete, er sei ein Mann des Augenscheins und Grosny sei nur im Kern zerstört. Wer je in Grosny war, weiss wie verhöhnend diese Aussage ist.

Die Kontrolle der Berichterstattung kann in Tschetschenien nur unter Lebensgefahr unterlaufen werden. JournalistInnen werden massiv bedroht. Erst kürzlich wurde einer Journalistin in Inguschetien angedroht, man werde ihr die Hände brechen, wenn sie das Land nicht verlasse[2]. Erst diese Zensur erlaubt jene brutale Willkürherrschaft der plündernden und mordenden russischen Soldateska, die sich in Tschetschenien wie in einem rechtsfreien Raum bewegt.

Terrorismusbekämpfung als Deckmantel für Säuberungen

Die heisse Phase des Krieges ist inzwischen übergegangen in eine Art Guerillakrieg. Unter dem Vorwand der Rebellenbekämpfung durchkämmen die russischen SoldatInnen als eine Art Todesschwadronen regelmässig die tschetschenischen Dörfer. Nach Berichten der russischen Menschenrechtsorganisation «Memorial» gibt es jeden Monat zwischen 30 bis 50 Fälle von Tötungen von Zivilpersonen im Rahmen dieser sogenannten Säuberungen (Zachistki). Die Soldaten kommen meist in der Nacht, führen in der Regel die Männer ab, vergewaltigen die Frauen, plündern, zerstören. Die Gefangenen werden gefoltert und aufs Schlimmste gedemütigt. Manchmal werden sie nach Wochen oder Monaten gefunden, selten lebend. Vielfach versuchen die Familien mit allem, was ihnen noch geblieben ist, ihre Verwandten wieder frei zu kaufen. Für einen Lebenden werden bis zu 5000, für einen Toten 1000 Dollar verlangt. Da sich in Tschetschenien verschiedene militärische Einheiten befinden und diese unabhängig und unkontrolliert voneinander vorgehen, finden solche Säuberungen oft mehrfach am gleichen Ort statt.

Flüchtlingsstopp in Inguschetien

In Inguschetien leben zur Zeit etwa 200 000 tschetschenische Flüchtlinge. Dies stellt eine grosse Belastung für das Land dar, welches zirka 300 000 Einwohner hat. Laut Statistik sind die meisten der Flüchtlinge in Privathäusern untergebracht. Dazu zählen alte Fabrikgebäude, Lagerhallen und Tierställe, meist ohne Licht, Heizung und Wasser. Die andern befinden sich in offiziellen Zeltlagern oder so genannten spontanen Lagern.

In den letzten Monaten zeichnete sich ab, dass die Flüchtlinge in Inguschetien zur Rückkehr gezwungen werden sollen. So wurden die Neuankommenden nicht mehr registriert. Gas, Wasser und Strom wurden immer wieder abgestellt. Für die Flüchtlinge ist zur Zeit eine Rückkehr aber ausgeschlossen. Es besteht keine Sicherheit in Tschetschenien.

Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge hat Mitte Juni dieses Jahres bei den russischen Behörden gegen die Schliessung von Lagern für Vertriebene in Snamenskoje protestiert. Die Vertriebenen wurden gewaltsam nach Grosny gebracht. Stanislaw Iliassow, der prorussische Regierungschef Tschetscheniens erklärte, Wladimir Putin habe die Schliessung der Zeltlager «vor dem ersten Kälteanbruch» angeordnet. Wer jemals die Ruinen Grosnys oder die verwüsteten Dörfer in Tschetschenien gesehen hat, weiss, was die Vertriebenen erwartet. Russland wird sich kaum intensiv mit dem Wiederaufbau Tschetscheniens befassen. Sollte Putin an seinem Plan festhalten, ist mit einer erneuten humanitären Katastrophe zu rechnen.

Verzweifelter Appell

«Rettet unsere Seelen! Helft uns mit Euren Worten! Bezeugt, dass das menschliche Leben und die Menschenrechte Euch immer noch etwas Wert sind. Und wenn Euch die Ehre etwas gilt, lasst nicht zu, dass Eure Führer Hände schütteln, die mit tschetschenischem Blut getränkt sind (...)».
Diesen Appell, gerichtet an die Intellektuellen, PolitikerInnen und die Öffentlichkeit der europäischen Länder, haben über 60 000 Menschen unterschrieben, was 10 Prozent der heutigen Bevölkerung Tschetscheniens entspricht. Zusätzliche 20 000 Unterschriften wurden am 6. Juni 2001 Adam Sweed, dem Vertreter der SAEG in Europa, anlässlich einer Pressekonferenz in Moskau übergeben, welche die Sacharow-Stiftung organisiert hatte. Am 28. November 2001 legte Ruslan Badalov bei den Hearings des Europarates in Strassburg Blätter mit weiteren 40 000 Unterschriften vor. Er ist Präsident des Tschetschenischen Nationalen Olympischen Komitees und Vorsteher des von Flüchtlingen organisierten Tschetschenischen Nationalen Rettungs-Komitees. Auf diesen Appell erfolgte bis heute keine Antwort. Niemand will die lebenden TschetschenInnen anhören. Vielleicht wird sich jemand der Toten erinnern.

1 Den internationalen Aufruf zur Beendigung des Völkermordes in Tschetschenien haben unter anderen unterschrieben :André Glucksmann, Günter Grass, Bernard Lévy, Andrei Babitzki, Elena Bonner, Wladimir Bukowski, Barbara Hendricks, Sheng Wei Jing, Klaus Staeck, Jean-François Revel, Elie Wiesel.

2 (A. Babitsky, Commission on Security and Cooperation in Europe, Hearing: Developments in the Chechen Conflict, May 9, 2002).



Flüchtlingslager in Inguschetien (Bild: Elisabeth Petersen)

Nebengedanken

Frischluft für die Solidarität


Pepo Hofstetter

Am 22. September haben die Schweizer Stimmberechtigen die einmalige Chance, einen grossen Wurf zu lancieren, ohne dafür auch nur einen Steuerrappen auszugeben. Mit einem Ja zum Gegenentwurf bei der Goldverteilung können sie den Grundstein legen für eine Institution, die dereinst so wichtig und geachtet sein wird wie das Rote Kreuz.

Tatsächlich geht es am 22. September um viel. Zur Disposition stehen 20 Milliarden Franken aus dem Verkauf von Goldreserven, die die Nationalbank nicht mehr braucht. Bundesrat und Parlament wollen das Vermögen in einem Fonds erhalten und die Kapitalerträge ausgewogen verteilen. Je ein Drittel – 200 Millionen Franken/Jahr – gehen an die AHV, die Kantone und die neue Solidaritätsstiftung.

Je die Hälfte ihrer Mittel wird die Stiftung im In- und im Ausland einsetzen. Gemäss Gesetz soll sie helfen, Armut, Krankheiten, Gewalt und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen sowie demokratische Verhältnisse zu stärken.

Dass das Geld sinnvoll eingesetzt werden kann, darüber besteht kein Zweifel. Der Bedarf an Hilfe übersteigt die vorhandenen Mittel bei weitem. Die Hilfswerke, die täglich damit konfrontiert sind, können ein Lied davon singen. Die Stiftung brächte eine spürbare, dringend notwendige Entlastung. Zum Beispiel in der Auslandhilfe: Heute setzen die Hilfswerke zugunsten der Ärmsten jährlich Spendengelder in der Höhe von 270 Millionen Franken ein; der Bund zahlt zusätzlich 100 Millionen daran. Dieser Betrag würde mit der Solidaritätsstiftung verdoppelt.

Um die Stiftung zu verhindern, hat die SVP die Goldinitiative lanciert. Sie trägt ein scheinbar soziales Mäntelchen, verlangt sie doch alles überschüssige Gold für die AHV. Natürlich geht es der SVP nicht darum, den Sozialstaat zu stärken. Blocher wählte die AHV, weil er so die Stimmen auf der Linken aufzuspalten hoffte. Das ist ihm nur halb gelungen: Auch der Gewerkschaftsbund empfiehlt, bei der entscheidenden Stichfrage für den Gegenentwurf zu stimmen.

Niemand bestreitet, dass die AHV eine finanzielle Stärkung brauchen kann und es in der Schweiz Lücken im Sozialnetz gibt. Der Gegenentwurf trägt dem Rechnung, indem er die AHV berücksichtigt und die Hälfte der Stiftungsgelder fürs Inland reserviert.. Er vermeidet es aber, die Solidarität im Inland gegen die Solidarität mit den Ärmsten auf der ganzen Welt auszuspielen. Helfen Sie mit, den grossen Wurf in Sachen Solidarität zu realisieren und stimmen Sie am 22. September Ja zum Gegenentwurf.

Pepo Hofstetter ist Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas

Terrorismus & Bürgerkrieg

Dass auch ein ernstes Thema wie der «Krieg gegen den Terrorismus» mit Witz behandelt werden kann, beweist einmal mehr Chapatte. Der Zeichner mit libanesisch-schweizerischen Wurzeln führt auf seiner Homepage eine eigene Rubrik «War against Terrorism», in der er Karikaturen aus dem International Herald Tribune und der Tribune de Genève seit dem 11. September 2001 zeigt: www.globecartoon.com/war/index.html

Vor einem Jahr haben die USA dem Terrorismus den Krieg erklärt. Verfolgte die letzte verbliebene Grossmacht in der Vergangenheit ihre aussenpolitischen Interessen vornehmlich im Namen der «Freien Welt» oder der Menschenrechte, so bezeichnet sie heute ihre Feinde sehr schnell als TerroristInnen.

Was aber ist Terrorismus eigentlich? Was beinhaltet das Völkerrecht punkto Terrorismus? Wo unterscheiden sich Terrorismus und Bürgerkrieg? Wer bestimmt, ob es sich bei einer Guerillabewegung um eine Widerstandsorganisation oder um eine Terrorgruppe handelt? Dürfen Staaten überhaupt Krieg gegen TerroristInnen führen? Und wenn ja, welche Regeln gelten dafür?

Keiner weiss, was Terrorismus ist

Von Peter Schneider

Das Wort Terrorismus (von Terror, lateinisch für Schrecken) ist heute bis zum Überdruss zu hören und zu lesen. Doch scheint sich selbst in der angeschwollenen Fachliteratur dazu keine einheitliche Umschreibung für diesen Begriff durchsetzen zu können. So kommt es, dass sich auch unsere FriZ-AutorInnen jeweils zuerst mit Definitionsfragen auseinandersetzen müssen.
Die Mühe mit dem Begriff hat vielfältige Gründe: Dazu zählen etwa die vielen Erscheinungsformen des Phänomens im Laufe der Zeit, oder die Tatsache, dass das Wort mit begangenen oder nur vorbereiteten Handlungen zu tun hat. Ferner mit der Art der Akteure und auch noch mit deren Motivation. Manche AutorInnen wie Sebastian Scheerer (vgl. Buchbesprechung auf Seite 21) gehen sogar so weit, auch staatliche Akteure mit einzubeziehen. Noch viel weniger gelingt die Einigung auf eine Definition auf der politischen Ebene. Ein Musterbeispiel für die allgegenwärtigen Widersprüche lieferte US-Präsident Bush, indem er nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon zunächst von einem terroristischen Akt, einen Tag später hingegen von einer Kriegshandlung sprach. Auch die Vereinten Nationen sind hier nicht weiter gekommen, wie Hans-Joachim Heintze auf Seite 13 darlegt – obwohl Vollversammlung und Sicherheitsrat bereits eine ganze Reihe von Resolutionen zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet haben.

TerroristInnen sind immer die anderen

Während die Literatur zumindest praktikable Kriterien sucht, scheint im politischen Diskurs die Abgrenzung zwischen Terrorismus, Befreiungsbewegungen und anderen Formen planmässiger Gewaltanwendung zunehmend zu verschwimmen. Wie Julian T. Hottinger (Seite 16) erklärt, wird hier die Verwendung des Begriffs «Terrorismus» meist nur mit politischen Absichten und Werturteilen begründet. (Bisher hat sich noch keine Organisation selbst als terroristisch bezeichnet.)

Es bleibt also dabei: TerroristInnen sind immer die anderen. Mit der von US-Präsident Bush ausgerufenen weltweiten Koalition gegen den Terrorismus haben sie wohl das «Reich des Bösen»[1] und auch schon die «Achse des Bösen»[2] als Feindbild Nummer eins abgelöst.
Gleichzeitig versuchen die USA gegenwärtig die Wirksamkeit des Abkommens über das internationale Tribunal für Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aktiv zu sabotieren. Der Weiterentwicklung dieses Instrumentes, das potentiell einmal eine wichtige Rolle bei der Ahndung des international operierenden Terrorismus spielen könnte, sind also vorerst enge Grenzen gesetzt (siehe Seite 12).

Nächstes Ziel: Irak



«'Achse des Guten' im Anflug!»

Totale Überwachung – total unmöglich

Die herkömmlichen Mittel im Kampf gegen den Terror sind alles andere als bewährt: die fortdauernden Bombardierungen in der afghanischen Provinz sind eher dazu geeignet, den fragilen Ansätzen zum Aufbau eines neuen afghanischen Staatswesens den Todesstoss zu versetzen, als die vermuteten Überreste der Al Kaida zu vernichten. Zudem hat der Ausbau von Polizei und Überwachungsapparaten allenthalben in der Vergangenheit mehr zur Aushöhlung des Rechtsstaates als zur Terrorbekämpfung beigetragen. Zur Untauglichkeit dieser Mittel äussert sich Daniele Ganser auf Seite 22.
Der erneute Ausbau der Überwachungsapparate droht zudem an einem manifest gewordenen Paradoxon zu scheitern: Es ist bekannt, dass die US-Geheimdienste vor dem 11. September über verschiedene Hinweise auf bevorstehende grosse Anschläge in den USA verfügten. Dass diese nicht richtig miteinander in Verbindung gebracht und nicht rechtzeitig weitergeleitet wurden – um zumindest zu versuchen, die Anschläge zu verhindern – liegt nicht am Versagen einzelner Personen, sondern an der Grösse der Apparate und an der Unmenge der gesammelten Informationen selbst. Je globaler und dichter die Überwachung, desto unmöglicher wird dieses Unterfangen.
Dass sich andererseits auch die zivile Friedensförderung nicht einfach als Mittel zur

Fortsetzung auf Seite 12

Erst ein Papiertiger

Seit dem 1. Juli dieses Jahres gibt es einen Internationalen Strafgerichtshof, der für alle völkerrechtlichen Verbrechen zuständig ist, die nicht von einem Staat verfolgt werden (oder verfolgt werden können). Damit ist es in Zukunft nicht mehr notwendig, dass in schweren Fällen von Menschenrechtsverletzungen erst in langwierigen Verhandlungen adhoc-Tribunale wie zu Ruanda oder zum ehemaligen Jugoslawien geschaffen werden müssen.
Zumindest auf dem Papier: Denn zurzeit sind es erst gut 60 Staaten, die den Internationalen Strafgerichtshof voll anerkennen. Ohne die Ratifizierung des Abkommens durch die USA, aber auch andere Staaten wie Israel, China oder Indien, kann der Internationale Strafgerichtshof die ihm zugedachte Funktion aber kaum wahrnehmen. Die neue US-Regierung unter Georg Bush hat als eine ihrer ersten Amtshandlungen die frühere Zustimmung durch die Clinton-Administration wieder rückgängig gemacht. Zurzeit versucht sie mit möglichst vielen Staaten Einzelabkommen abzuschliessen, die verhindern sollen, dass US-BürgerInnen von diesen Ländern an das Haager Gericht ausgeliefert werden.
Die USA fürchten den Internationalen Strafgerichtshof zurecht: Nicht nur wegen ihrer gelegentlichen Überfälle im «eigenen Hinterhof» (zuletzt in Grenada und Panama), sondern auch wegen der grossen Militäroperationen, die vornehmlich US-SoldatInnen in den letzten Jahren im Auftrag der Völkergemeinschaft durchführten: Waren und sind die Bombardierungen im Irak, die immer wieder auch irakische ZivilistInnen treffen, wirklich völkerrechtskonform? Müssten zunehmende Gerüchte und Berichte über Kriegsverbrechen in Afghanistan, die von amerikanischen Soldaten selbst oder zumindest unter ihren Augen begangen wurden, nicht wenigstens eine Untersuchung durch den Internationalen Strafgerichtshof zur Folge haben?
Anstatt nur zu lamentieren, müssen die europäischen Staaten und die anderen BefürworterInnen des Internationalen Strafgerichtshof die Konsequenzen aus der US-amerikanischen Haltung ziehen. Zum Beispiel dürfen sie künftig keine militärische Operationen der USA mehr unterstützen. Sonst machen sie sich mitschuldig an den künftigen Verbrechen dieses «Kriegs gegen den Terrorismus», der von einem Staat geführt wird, der sich selbst weigert, das Völkerrecht zu respektieren.
Noch ist der Internationale Strafgerichtshof also ein Papiertiger. Das ändert aber nichts daran, dass seine Gründung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Hin zur Anerkennung der Tatsache, dass es Verbrechen gibt, die sich durch keine staatlichen Interessen rechtfertigen lassen.
Detlev Bruggmann



Schurkenstaaten

«Ein Land, das auf internationales Recht pfeift, Verträge ignoriert und damit droht, Atomwaffen einzusetzen, ist ein Schurkenstaat ... ausser wenn es sich um die USA handelt.»

Fortsetzung von Seite 11

Terrorbekämpfung verkaufen lässt, legt Thania Paffenholz auf Seite 18 dar. Die von ihr geforderte Ursachenbekämpfung kann höchstens partiell und langfristig wirksam werden.

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen

Einen pragmatischen Ansatz – die Bekämpfung der Folgen innerstaatlicher, gewaltsamer Auseinandersetzungen – beschreibt Tobias Gasser auf Seite 20 in seiner Vorstellung des Appel de Genève: Die Organisation versucht, auch nichtstaatliche bewaffnete Gruppierungen dazu zu bringen, sich zum Verzicht auf Landminen zu verpflichten. Sie hat damit bereits erste Erfolge erzielt.

Dies ist nicht nur der Grundstein für Mechanismen zur Durchsetzung von Bestimmungen des humanitären Völkerrechts auch in nichtstaatlichen Kriegen, sondern könnte langfristig auch als Ansatz zur Weiterentwicklung des internationalen Rechts selber dienen: So könnte beispielsweise der Verzicht auf den Einsatz geächteter Waffen und auf als terroristisch eingestufte Kriegspraktiken in einem weiteren Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention als Kriterium für die Anerkennung als Kriegspartei festgelegt werden. Die Problematik, dass dies gewalttätigen Organisationen zur Anerkennung gereicht, statt zu ihrer Ächtung zu führen, ist ja auch bei Staatswesen alltäglich, die Krieg führen oder Terrorherrschaft ausüben.

Doch der Trend zeigt, gerade auch unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung, eher in Richtung einer Herabsetzung des Völkerrechts zugunsten der jeweils eigenen Wertvorstellungen durch die Staaten. Der israelische Historiker Martin van Creveld beschreibt eine Gesetzmässigkeit, die besagt, dass sich zwei Kriegsparteien mit der Zeit immer ähnlicher werden… Für die Rechte der Völker und der Menschen lässt dies wenig Gutes ahnen.

1 «Reich des Bösen»: Bezeichnung für die Sowjetunion aus der Zeit des Kalten Kriegs in der Regierungszeit von US-Präsident Ronald Reagan.

2 Als «Achse des Bösen» bezeichnete der frühere US-Präsident George W. Bush die Reihe der so genannten Schurkenstaaten von Libyen über Irak bis Afghanistan.

Auch TerroristInnen sind nicht vogelfrei

Das Völkerrecht ächtet mit dem Gewaltverbot den internationalen Terrorismus. Doch über die Definition von Terrorismus wird seit Jahrzehnten erfolglos diskutiert. Was unterscheidet FreiheitskämpferInnen von TerroristInnen?

Von Hans-Joachim Heintze*

Terrorismus und Bürgerkriege passen eigentlich nicht ins klassische Völkerrecht. Begründen liesse sich diese Aussage damit, dass sich das Völkerrecht lediglich mit den internationalen Beziehungen der souveränen Staaten befasst. Als es geschaffen wurde, waren nur Staaten Subjekte dieses Rechtszweiges. Seit die Charta der Vereinten Nationen im Jahre 1945 in Kraft gesetzt wurde, hat sich das Völkerrecht allerdings grundlegend gewandelt. Das Gewaltverbot und die Menschenrechte spielen seither eine grundlegende Rolle. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Bürgerkriegsparteien und Individuen sehr wohl eine partielle Völkerrechtssubjektivität haben. Darum schliesst das Völkerrecht auch Terrorismus und Bürgerkriege mit ein, d.h. es finden sich Regelungen, die sich auf diese beiden Situationen beziehen.

Terrorismus – ein Begriff mit vielen Definitionen

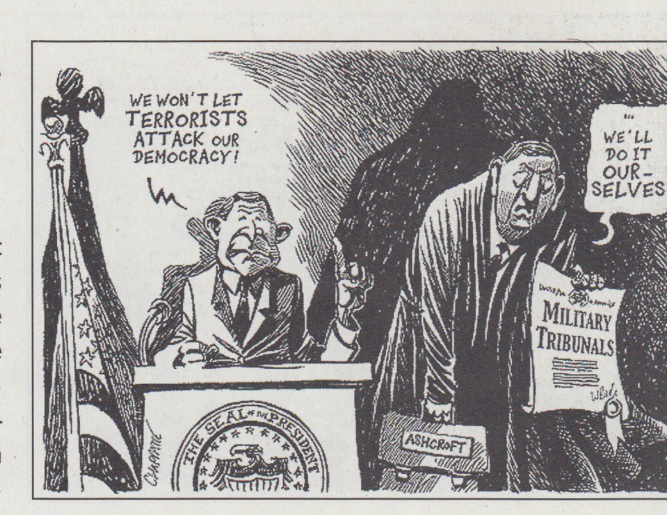
Der Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Terrorismus steht seit langem auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen. Das Völkerrecht verbietet seit 1945 jeden Akt des internationalen Terrorismus oder dessen Unterstützung.

Das ergibt sich aus dem in der UN-Charta genannten Gewaltverbot[1]. Eine dahingehende Interpretation findet sich in der so genannte Friendly Relations Declaration[2]. Dort heisst es: «Jeder Staat hat die Pflicht zur Unterlassung der Organisation, Anstiftung, Unterstützung von der Teilnahme an Bürgerkriegshandlungen oder terroristischen Handlungen in einem anderen Staat oder zur Unterlassung der stillschweigenden Duldung organisierter Aktivitäten auf seinem Hoheitsgebiet, die auf die Begehung solcher Handlungen gerichtet sind...» Nach dem Grundsatz der Nichteinmischung, der ebenfalls in der Charta niedergelegt ist, darf kein Staat «subversive, terroristische Aktivitäten, die auf einen gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Staates abzielen, organisieren, unterstützen, finanzieren, anstacheln oder dulden».[3] Dies bedeutet, dass der von Staaten ausgehende grenzüberschreitende Terrorismus völkerrechtswidrig ist. Wenn ein Staat in diesen verwickelt ist, so entsteht völkerrechtliche Verantwortlichkeit. Diese Rechtsposition wurde in der «Erklärung über Massnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus»[4] bekräftigt.

Obwohl der internationale Terrorismus durch das Völkerrecht geächtet ist und an terroristische Tatbestände zumeist konkrete Rechtsfolgen geknüpft sind, gibt es gleichwohl keine Definition dieses Sachverhalts. Dies ist verschiedentlich in der Literatur kritisiert worden, man sprach sogar von einer «rechtlich kaum vertretbaren Situation».[5]

Bürgerrechte

«Wir werden nicht zulassen, dass Terroristen unsere Demokratie angreifen!» – «...das erledigen wir selbst!»



Heute FreiheitskämpferIn – morgen TerroristIn?

Bereits 1972 schlugen die USA vor, eine Konvention gegen den Terrorismus zu schaffen. Sie sollte auf dem Prinzip basieren, dass derartige Verbrechen entweder durch den betroffenen Staat bestraft oder aber als Auslieferungstatbestand angesehen würden. Allerdings zählte der amerikanische Vorschlag nur beispielhaft einige

*Hans-Joachim Heintze ist Hochschuldozent für Völkerrecht am Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum und Präsident der International Association for the Study of the World Refugee Problem (AWR). Er befasst sich schwerpunktmässig mit den Minderheitenrechten, dem humanitären Völkerrecht und Flüchtlingsproblemen.

Tatbestände auf, ohne den Terrorismus zu definieren. Daran scheiterte das Vorhaben, und die Arbeiten wurden 1979 ohne Ergebnis eingestellt.[6] Der Grund dafür war vor allem die Bewertung der von nationalen Befreiungsbewegungen ausgehenden Gewalt. Stellte der Westen sie vielfach zumindest in die Nähe des Terrorismus, so wurde sie von den östlichen und Drittwelt-BefürworterInnen der Befreiungsbewegungen für legitim erklärt, weil sie der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker diene.

Ein weiteres offenes Problem war der Staatsterrorismus, von dem viele Staaten behaupteten, er sei gegenüber dem einzelnen terroristischen Akt viel schwerwiegender. Darunter wurde neben der Apartheid insbesondere der Kolonialismus, Fremdherrschaft und Rassismus verstanden.[7]

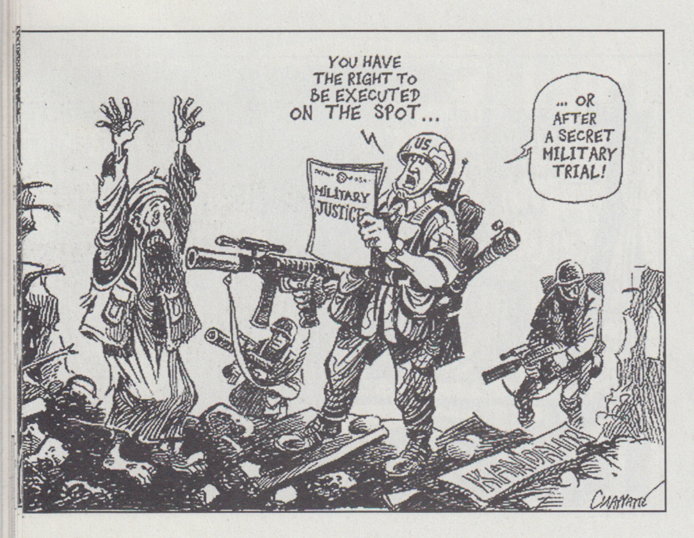
Stellt der Staatsterrorismus einen Missbrauch staatlicher Macht dar, bei dem ein Völkerrechtssubjekt gegen seine Pflichten hinsichtlich des Gewaltverbots und der Menschenrechte verstösst, so richtet sich der von Privaten oder Gruppen ausgehende Terrorismus gegen die staatliche Ordnung.[8]

Über die Definition des Terrorismus wird seit über einem halben Jahrhundert erfolglos diskutiert. Selbst UN-ExpertInnen halten das Ausarbeiten einer Definition des Terrorismus für zu kompliziert.[9] Gleichwohl wurden in der Literatur eine Reihe von Versuchen einer Begriffsbestimmung gemacht. Unter den SozialwissenschaftlerInnen ist vor allem auf Walter Laqueur zu verweisen, der Terrorismus «als Anwendung von Gewalt durch eine Gruppe (bezeichnet), die zu politischen oder religiösen Zwecken gewöhnlich gegen eine Regierung, zuweilen auch gegen andere ethnische Gruppen, Klassen, Religionen oder politische Bewegungen vorgeht.»[10] Diese Definition kritisierten andere AutorInnen wiederum wegen ihrer «Beliebigkeit» heftig.[11]

Überzeugender ist der völkerrechtliche Definitionsversuch von Kirsten Schmalenbach, die objektive und subjektive Elemente unterscheidet und fortfährt: «Terrorismus ist jedes nach innerstaatlichem Recht und Völkerrecht rechtswidrige kriminelle Verhalten von Individuen bzw. einer Gruppe von Individuen, das subjektiv darauf gerichtet ist, mit dem Mittel der Angstverbreitung (gesellschafts-) politische Ziele bzw. Veränderungen zu erreichen.»[12]

Einigung im Europäischen Parlament

Neben den Definitionen, die in der Literatur zu finden sind, gibt es eine Begriffsbestimmung, die für das regionale Völkerrecht von Bedeutung ist. Das Europäische Parlament konnte sich nämlich in seiner Entschliessung zum Kampf gegen den Terrorismus 1997 auf eine Definition einigen. Demnach ist Terrorismus «als eine kriminelle Handlung anzusehen, die unter Anwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen in Rechtsstaaten ändern will und sich somit von Widerstandsaktionen in Drittstaaten unterscheidet, die ihrerseits terroristischen Charakter haben.» Diese Definition war freilich nur möglich, weil die EU eine relativ homogene rechtsstaatlich-demokratische Mitgliedschaft hat.[13] Die Bedeutung dieses Vorstosses für das universelle Völkerrecht dürfte jedoch eher gering sein.



Der Sieg

«Sie haben das Recht, auf der Stelle hingerichtet zu werden ... oder nach einem geheimen Militärprozess!»

Nach wie vor bestätigt sich der oft wiederholte Aphorismus, dass des einen Freiheitskämpfer des anderen Terrorist sei.[14] Wie sich die Betrachtungsweisen ändern können, zeigt das Beispiel der Taliban, die während der sowjetischen Besetzung Afghanistans durch die USA unterstützt und dann von diesen seit den neunziger Jahren als Helfershelfer antiamerikanischer Terroristen bekämpft wurden.

«Befreiungsbewegungen» und Bürgerkriege

Das Selbstbestimmungsrecht hat ein dynamisches Element in das Völkerrecht eingebracht und besonders hinsichtlich seiner gewaltsamen Verwirklichung Fragen aufgeworfen, wie die berühmte Entkolonisierungsdeklaration[15] deutlich macht. Sie verpflichtet dazu, die Unabhängigkeit kolonialer Völker nicht gewaltsam oder durch andere repressive Massnahmen zu verhindern. Ob dies im Umkehrschluss bedeutet, dass sich Kolonialvölker auch bewaffneten Widerstand leisten dürfen, wird in der Deklaration nicht angesprochen. Dazu äussert sich erst eine zehn Jahre später verabschiedete Resolution[16] der UN-Generalversammlung, in der die Rechtmässigkeit des Freiheitskampfes («struggle») der Kolonialvölker bei Berücksichtigung des Verhältnismässigkeitsprinzips dargelegt wird. Damit entsteht das Problem, wie ein solches Widerstandsrecht vom Terrorismus abzugrenzen ist. Eine Antwort bietet das humanitäre Völkerrecht.

In einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt agiert auf der einen Seite der Staat, der alles daran setzen wird, nicht jede innere Unruhe und Spannung, jeden Tumult oder einzelne Gewaltakte zu einem bewaffneten Konflikt zu erklären. Auf der anderen Seite stehen die Aufständischen, die sich mit dem Staat nicht auf der gleichen rechtlichen Ebene befinden. Sie werden bestrebt sein, den völkerrechtlichen Status einer Konfliktpartei zu erhalten. Gemeinsam ist TerroristInnen und Guerilla-KämpferInnen, dass sie von den regulären Streitkräften abzugrenzen sind. Beide haben zumeist persönliche politische Motivationen.

Anerkennung als Konfliktpartei

TerroristInnen, die mit ihren Aktionen Aufmerksamkeit erreichen wollen, könnten versucht sein, den Status einer Konfliktpartei in einem bewaffneten Konflikt zu fordern. Das würde eine enorme Aufwertung für sie bedeuten. Deshalb bestimmt das humanitäre Völkerrecht, dass ein nicht-internationaler bewaffneter Konflikt einer bestimmten Intensität der Feindseligkeiten bedarf. Es müssen solche feindseligen Handlungen gegen die militärischen Kräfte des Gegners durchgeführt werden, die darauf abzielen, dessen Potential zu schwächen. Damit geht es ausschliesslich um die physische Auswirkung der Gewaltanwendung. Besonders deutlich wird diese Herangehensweise mit dem Zusatzprotokoll II zu den Genfer Abkommen (ZP II).[17] In Artikel 1 ist dort der sachliche Geltungsbereich umschrieben: Die entscheidende Rolle spielt das Kriterium des Landgewinns und der Fähigkeit, langanhaltende, koordinierte Kampfhandlungen durchführen zu können. Haben Guerilla ein Gebiet erobert, so suchen sie die breite Unterstützung durch die Bevölkerung, um dann den offenen Kampf mit den Regierungstruppen aufzunehmen. Dabei wird militärisches Denken zu Grunde gelegt, indem Kämpfe als ein «Risikoverhältnis auf Gegenseitigkeit» verstanden werden. Den Gegner zu bekämpfen findet seine moralische Rechtfertigung in der Bereitschaft, dasselbe Risiko einzugehen, was nur in der offenen militärischen Auseinandersetzung möglich ist. Hinzu kommt eine Kohärenz der politischen Ziele, Rückhalt in der Bevölkerung und die Wahrung der Verhältnismässigkeit. Die Strategie der Guerilla nähert sich immer mehr der klassischen Kampfführung regulärer Streitkräfte an. Guerilla können demzufolge durchaus vom ZP II profitieren, wie das Beispiel Kolumbien belegt.[18] TerroristInnen sind nicht in der Lage, derartige Kampfhandlungen unter einer verantwortlichen Führung durchzuziehen. Es ist offensichtlich, dass TerroristInnen, die auf psychisch intendierte Folgen abzielen, nicht in diesen Regelungsbereich fallen. Guerilla und Terroristen handeln nach verschiedenen militärischen Vorgehensweisen. Anders als die Guerilla scheuen TerroristInnen das Risiko des militärischen Kampfes. Sie verhalten sich wie Kriminelle und nehmen lediglich deren Risiko, nämlich gefasst zu werden, in Kauf. Das erklärt auch, weshalb TerroristInnen zumeist in Grossstädten operieren, keinen Landgewinn anstreben und nicht unbedingt auf Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen sind. Das zentrale Unterscheidungskriterium zwischen Terrorismus und Guerilla ist somit der unterschiedliche Stellenwert der Gewaltanwendung. Während TerroristInnen die psychischen Folgen der Gewaltaktionen anstreben, in dem sie Reaktionen nicht nur der Gegenseite, sondern auch bei SympathisantInnen und Unbeteiligten provozieren, wollen Guerilla ihre Ziele unmittelbar durch militärische Gewalt erreichen. Ein Beispiel für diese Unterscheidung ist die Erklärung der PLO aus dem Jahr 1988, dass sie auf terroristische Gewalt verzichte, sich das Recht von Angriffen auf militärische Ziele aber vorbehalte.[19]

Terrorismus ist kein rechtsfreier Raum

Die Darstellung belegt, dass das heutige Völkerrecht durchaus Regelungen zu Terrorismus und Bürgerkriegen enthält. In ihrer konkreten Ausgestaltung fällt auf, dass weithin mit unbestimmten Rechtsbegriffen gearbeitet wird. Sie bedürfen jeweils im konkreten Fall der Ausfüllung. Diese Vorgehensweise mag unbefriedigend sein; für das Völkerrecht ist sie aber nicht untypisch. So kennt das Völkerrecht auch keine Definitionen des Staates, obwohl dieser sein grundlegendes Rechtssubjekt ist. Wichtig ist daher, dass es Regelungen gibt, auf die die Staatengemeinschaft zurückgreifen kann. Terrorismus und Bürgerkriege sind somit keine rechtsfreien Räume. Folglich haben die Staaten in ihrem Antiterrorkampf einen Grundbestand an völkerrechtlichen Normen zu berücksichtigen. Selbst TerroristInnen und Aufständische sind somit nicht «vogelfrei».

Guantanamo-Sträflinge

«Sie sind keine Tiere!» – «Immer diese juristischen Spitzfindigkeiten!»

1 Art. 2 Abs. 4
2 UN-Resolution Nr 2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970
3 Abgedruckt in: R. Schweitzer/W. Rudolf, Friedensvölkerrecht, 3. Auflage, Baden-Baden 1985, S. 696.
4 UN-Resolution 49/60 vom 9. Dezember 1995
5 So K. Schmalenbach, Der internationale Terrorismus – Ein Definitionsversuch, in: Neue Zeitschrift für Wehrrecht 42 (2000), S. 15.
6 J.F. Murphy, Defining International Terrorism: A Way Out of the Quagmire; in: Israel Yearbook on Human Rights 19, Dordrecht (1990), S. 17.
7 K. Rebmann, Probleme und Möglichkeiten der Bekämpfung des internationalen Terrorismus; in: Neue Juristische Wochenschrift 38 (1985), S. 1735.
8 T. Oppermann, Der Beitrag des internationalen Rechts zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus; in: Festschrift für Hans-Jürgen Schlochauer, Berlin 1981, S. 498.
9 UN-Doc. E/CN.4/Sub.2/1999/27, para. 43.
10 W. Laqueur, (1998): Die globale Bedrohung, Berlin 1998, S. 44
11 C. Daase, Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien; in: Friedenswarte 76 (2001), S. 58.
12 Schmalenbach, a.a.O., S. 20.
13 T. Stein/Meiser, C., Die Europäische Union und der Terrorismus, in: Friedenswarte 76 (2001), S. 37.
14 R. Friedländer, Terrorism, in: R. Bernhardt (ed.), Encyclopedia of Public International Law, Vol IV, Amsterdam 2000, S. 846.
15 A/1514 (XV) vom 14. 12. 1960
16 Resolution 2627 (XXV)
17 BGBl. II 1990, S. 1637.
18 F. Kalshoven, Protocol II, the CDDH and Colombia; in: Wellens, K. (ed.), International Law: Theory and Practice, The Hague 1998, S. 597 ff.
19 S. Oeter, Terrorism and «Wars of National Liberation»; in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 49 1989, S. 445.

Thema

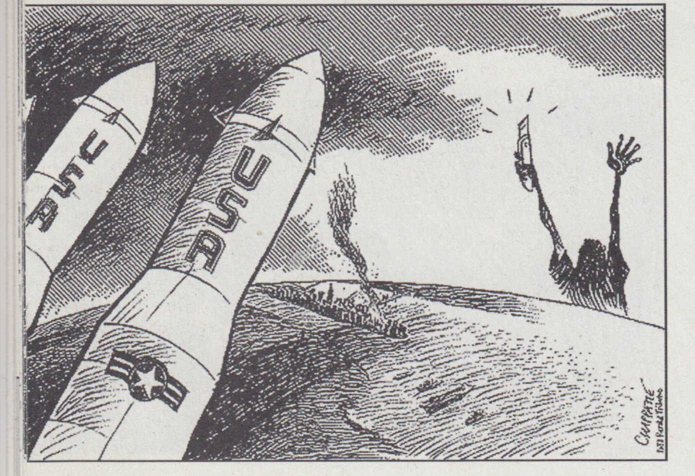
Ist Terrorismus in einer globalisierten Welt politisch effizient?

Solange es keine allgemeingültige Definition von Terrorismus gibt, ist es schwierig zu beurteilen, ob Terrorismus eine effiziente Form ist, die Anliegen von Bevölkerungsgruppen durchzusetzen. Seit dem 11. September 2001 wird Terrorismus global bekämpft.

Von Julian Thomas Hottinger*

Die Frage nach der Effizienz von Terrorismus im 21. Jahrhundert hat mehr mit der Definition von Terrorismus zu tun, als mit der Frage nach seiner Wirksamkeit. Als Max Weber die Legitimation des Staates definierte, bestand er darauf, dass der Staat das Monopol auf legitimierte Gewalt habe und deshalb jede nichtstaatliche Gewalt Terrorismus sei. Das heisst, der Staat kann Waffengewalt legal anwenden, um seinen Willen durchzusetzen, während jede andere Gewaltanwendung als illegal gilt. Kann jedoch eine Definition vom Anfang des 20. Jahrhunderts auch heute noch Gültigkeit haben? Anders gefragt: Wenn wir die jüngste Weltgeschichte betrachten, besonders seit 1945, ist nicht stets Terrorismus im Spiel, wenn für Unabhängigkeit gekämpft wird, wenn konservative Regimes gestürzt werden oder Regierungen, ungeachtet, ob sie demokratisch oder totalitär sind? Die Wahrheit ist abhängig vom Standpunkt oder oft auch vom Glauben des Betrachters, ob er jene, die für ein Ideal kämpfen, als TerroristInnen, FreiheitskämpferInnen oder RevolutionärInnen bezeichnet. Wenn man von Terrorismus spricht, ist die Definition selten neutral oder ohne Absicht. Sehr oft sagt die Verwendung der Begriffe etwas darüber aus, auf welcher Seite man in einem Konflikt steht.

Wurde nicht Nelson Mandela während der schwärzesten Jahre von Südafrikas Apartheid angeklagt, ein Terroristenführer zu sein? Und ist die Irish Republican Army/Provos (IRA) in Nordirland eine Terroristengruppe? Und wie würden wir in Israel die «Stern Gang» bezeichnen, die für einen zionistischen Staat kämpfte? Sehr oft vergessen wir, dass das Problem der Bezeichnung einer Gruppe Tendenzen unterworfen ist. Was gestern eine Terroristengruppe war, kann im Laufe der Zeit anders eingeschätzt werden. Der Nahe Osten und Europa belegen dies mit vielen Beispielen.



Der neue Krieg

Gescheiterte Versuche einer Definition

Während der vergangenen Jahre haben US-SpezialistInnen versucht, TerroristInnen auf Grund ihrer Strategien und Ziele zu definieren[1]. Wenn eine Gruppe blinden Terror gegen unschuldige Zivilpersonen oder zivile Ziele anwendet, so wird sie als terroristisch betrachtet, unabhängig von ihren Zielen oder Forderungen, seien sie politisch oder religiös. Diese Unterscheidung ist jedoch unbrauchbar, weil die meisten Gruppen erklären, dass sie keine ungezielten Angriffe machen und versuchen, nur Institutionen zu treffen, die den Staat repräsentieren. Ihre Bomben oder bewaffneten Angriffe können jedoch fehlschlagen und Zivilpersonen töten[2]. Andere Gruppen wie die palästinensische PLO legten schon in den Sechzigerjahren dar, dass es keine unschuldigen Opfer gebe, dass alle, die mit Terrorismus konfrontiert werden, verantwortlich seien.

In Wirklichkeit wird jede Definition, jeder Begriff oder jede Bezeichnung von der einen oder andern Seite als voreingenommen betrachtet.

*Julian Thomas Hottinger ist Senior Research Fellow am Institut für Föderalismus der Universität Fribourg.
Übersetzung: cz.

Lässt sich die Effizienz von Terrorismus messen?

Schon der Begriff Terrorismus ist vieldeutig, deshalb ist es noch schwieriger, die Bedeutung oder Effizienz einer Gruppierung zu messen. Was verstehen wir unter Effizienz? Ziehen wir in Betracht, dass die Terroristengruppe nicht unbedingt als illegale Organisation gilt und von der Internationalen Gemeinschaft anerkannt wird, wenn wir ihre Effizienz beurteilen? Oder sollen wir die Messlatte höher setzen und sagen, dass die Gruppe – ob terroristisch oder nicht – effizient ist, wenn sie ihre Ziele erreicht? In Wirklichkeit ist es noch komplexer. Während der letzten fünfzig Jahre wurden verschiedenste Gruppen von TerroristInnen aktiv, von denen einige durch ihre Feinde oder die Staaten, die sie bekämpften, eliminiert wurden. Andere dagegen erreichten öffentliche Anerkennung und konnten ihre Anliegen durchsetzen und legitimieren.

Im letzteren Fall sind zwei Faktoren wichtig und bilden beinahe die Voraussetzung für eine Terroristengruppe, um Anerkennung und eine gewisse Form von Legalität zu gewinnen. Erstens: Die Gruppe verteidigt ein öffentliches Anliegen und kann auf breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen. Vielleicht werden die Methoden und Bombendrohungen nicht akzeptiert, jedoch das Anliegen, um das es geht. Zweitens: Es braucht notwendigerweise eine demokratische Form von Akzeptanz, was heute stark in Frage gestellt wird, wenn man die global angelegte Strategie der USA gegen den Terrorismus betrachtet. Sehr oft gründen terroristische Gruppen eine Organisation oder Partei, die an demokratischen Wahlen teilnimmt und dadurch eine Plattform erhält, um für ihre Forderungen zu kämpfen. Während der politische Arm mit der Zeit als Vertreter der öffentlichen Interessen Popularität und Anerkennung gewinnt, verliert der bewaffnete Arm – oft als TerroristInnengruppe bezeichnet – an Bedeutung und verschwindet mit der Zeit. Die nordirische Sin Fein Party oder «arbetzale»[3] Parteien im spanischen Baskenland, sind zwei Beispiele dieser Doppelstrategie[4]. Oft werden die Forderungen der TerroristInnengruppe weniger radikal und mehr auf Konsens ausgerichtet, sobald sie in die politische Arena eingeführt werden. Dieses Argument würde jedoch die Meinung unterstützen, dass TerroristInnengruppen langfristig an Effizienz verlieren, wenn sie ihre Eigenheit aufgeben.

Man muss aber noch einen dritten Punkt in Betracht ziehen. Können wir heute sagen, dass eine terroristische Gruppe mit ihren Bomben und Schusswaffen ihr Ziel erreicht? In Wahrheit nicht. In einzelnen Fällen kann sie für ihre Sache Popularität oder Anerkennung bekommen und die Medien dafür einspannen. Doch einzig mit Gewalt wird sie wenig erreichen. Natürlich kann eine Gruppe das Regime stürzen, das sie bekämpft, aber auch dann muss sie ihre Strategie ändern. Terror kann helfen Macht zu gewinnen. Auf längere Zeit lässt sich aber mit Terror und brutaler Gewalt nicht regieren.

Nach dem 11. September

Trotzdem lautet die Frage heute, wie wir das Erläuterte nach dem 11. September 2001 einordnen können. Hat die pragmatische Annäherung an den Terrorismus, die sich Mitte der Achtzigerjahre herausbildete, unseren «modus operandi» verändert, wenn wir uns mit diesen Gruppen nach dem 11. September befassen? Hat sich die Definition, was eine terroristische Gruppe sei, verändert? Es ist ohne Zweifel zu früh, das zu beurteilen. Im Augenblick besteht das verbreitete Gefühl, dass in einer globalisierten Welt die Notwendigkeit besteht, sich mit globalem Terrorismus zu befassen. Ein wichtiger und oft erwähnter Faktor ist, die Verbindungen zu identifizieren und zu analysieren, die zwischen den verschiedenen Gruppen rund um die Welt bestehen. Terrorismus wird heute ohne kulturelle oder ideologische Unterschiede betrachtet. Ist eine Gruppe identifiziert und als Bedrohung bezeichnet, so wird alles getan, um sie zu zerstören. Ein interessantes neueres Beispiel ist die Zerstörung der griechischen N-17, einer terroristischen Gruppe, die während 27 Jahren aktiv war und mehr als zwanzig Morde an ausländischen Diplomaten ausgeführt hat[5]. Die Regierung der USA setzte die griechischen Autoritäten unter starken Druck, die N-17 zu bekämpfen, da sie als eine wichtige Bedrohung amerikanischer Interessen in Europa betrachtet wurde – oder sollte man sagen, in einer globalisierten Welt?

Zurückschlagen



«Was haben Sie zwischen 8 und 23 Uhr am 11. September 2001 gemacht?» – «Ich war am verhungern!»

1 Mehr Informationen zu diesem Thema bei der US-Regierung auf: www.terrorismanswers.com/terrorism/

2 Am 16. Juli 2002 entschuldigte sich die IRA zum ersten Mal offiziell in ihrem republikanischen Wochenmagazin «An Pholblach» und drückte ihre tiefe Anteilnahme gegenüber den Familienmitgliedern aus, deren Angehörige Opfer der Bombenanschläge geworden waren, vor allem jenen, die beim «Bloody Friday Bombing» vom 21. Juli 1972 getötet und verletzt worden waren.

3 Nationalistische unabhängige Parteien, die entweder eine starke Autonomie für das Baskenland oder gar die Unabhängikeit verlangen.

4 Im Juni 2002 legte ein Richter in Spanien dar, dass Batasuna, eine linksgerichtete nationalistische Partei, die es abgelehnt hatte, sich vom ETA Terrorismus loszusagen, 23 Millionen US-Dollar für Schäden bezahlen sollte, die gewalttätige Mitglieder der baskischen Separatistenbewegung angerichtet hatten. Nach der Weigerung von Batasuna wurden die Bankkonten der Partei gesperrt.

5 N-17 wurde benannt nach dem 17. November 1973, als George Papadopoulos Militärregime einen Studentenaufstand an der polytechnischen Universität von Athen niederschlug.

Terrorismus bekämpfen ohne Gewalt?

Was Friedensforschung, zivile Friedensförderung und Entwicklungspolitik zur Terrorismusbekämpfung beitragen können und warum nach dem 11. September 2001 alte globale Wertediskussionen wieder auftauchen sollten.

Von Thania Paffenholz*

So wie in den Neunzigerjahren keine längere Publikation zum Thema Frieden ohne den Satz «Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist alles anders» begonnen hat, scheint die neue Eröffnungsformel zu sein: «Seit dem 11.September ist alles anders.» Es ist offensichtlich zu einer Verlagerung der Prämissen gekommen: Während wir in den Neunzigerjahren vom Ende der Konfrontation der Systeme geredet haben, wird seit dem 11.September 2001 das verbleibende System herausgefordert, nämlich vom organisierten Terrorismus – einem Gegner, der nicht so einfach dingfest zu machen ist und überall zu jeder Zeit auftauchen kann.

Dieser 11. September hat in der Tat einiges verändert. Er hat nicht nur neue, allgegenwärtige Bedrohungsformen aufgezeigt, sondern hat auch der militärischen Konfliktregelung neue Impulse gegeben.



Bonner Afghanistan-Konferenz

«Deine Aufgabe ist es, deine Faust auf den Tisch dort zu knallen!»

Neuer Aufschwung für Militärs und Geheimdienste

Bis zum 11. September 2001 war die militärische Konfliktregelung nach einigen gescheiterten UN-Missionen wie in Somalia oder Angola als Mittel des Konfliktmanagements immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden und hatte neue Aufgaben in der Friedenskonsolidierung nach Abschluss eines Friedensabkommen erhalten. Statt dessen waren zivile Mittel der Konfliktregelung immer stärker etabliert worden. Zivile Konfliktprävention und Friedensförderung gehören seit einigen Jahren zu den politischen Zielen fast aller grossen internationalen Organisationen und Staaten und sind fester Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) geworden. Während sich früher nur eine kleine Zahl von friedenspolitischen- und kirchlichen Organisationen mit dem Thema befasste, ist heute in der Umsetzung neben staatlichen und multilateralen Akteuren eine Vielzahl von Nicht-Regierungsorganisationen beteiligt.

Der 11. September hat nun wieder alten sicherheitspolitischen Akteuren wie Militärs und Geheimdiensten neuen Aufschwung gegeben. Scheint der Terrorismus doch in erster Linie ein Sicherheitsproblem zu sein, dessen Bekämpfung am einfachsten mit den bekannten Methoden zu bewerkstelligen ist, sei es mit Polizei, Militär oder Geheimdienst.

Beiträge der Friedensforschung

Im Lichte der Stärkung der sicherheitspolitischen Akteure seit dem 11. September stellt sich die Frage, welchen Beitrag zivile Akteure und Instrumente zur Terrorismusbekämpfung leisten können.

Wenn wir von zivilen Mitteln der Terrorismusbekämpfung reden, sehe ich in erster Linie nützliche Beiträge der Friedens- und Konfliktforschung, der zivilen Friedensförderung sowie der Entwicklungszusammenarbeit. Was können sie im Kampf gegen den Terrorismus erreichen?

Zunächst müssen wir zwischen kurz- und langfristigen sowie direkten und indirekten Beiträgen unterscheiden. Klargestellt muss sein: Forschung, Friedensförderung und Entwicklungszusammen-

* Dr.Thania Paffenholz ist Politologin und Projektleiterin bei swisspeace – Schweizerische Friedensstiftung in Bern.

arbeit können in der Regel – mit geringen Ausnahmen – wenig zur kurzfristigen, direkten Terrorismusbekämpfung beitragen. Ihre Stärken liegen mehr in Beiträgen zur Bekämpfung der Ursachen von Gewalt und Terrorismus. Auch ist zu differenzieren zwischen dem neuen Al-Kaida Typus des Terrorismus und anderen Formen des Terrorismus. Gegen den Al-Kaida Typus kann mit ziviler Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit weniger ausgerichtet werden, als gegen andere Formen des Terrorismus.

Hier kann die Forschung klärende Beiträge leisten: Seit dem 11. September sind fast alle oppositionellen Gruppierungen zu TerroristInnen erklärt worden. Wo vorher die Notwendigkeit zu einem Dialog vorhanden war, sind nun Tür und Tor für willkürliche militärische Gewaltaktionen gegen Oppositionsgruppen unter dem Mantel der Terrorbekämpfung geöffnet. Hier ist es dringend nötig Begrifflichkeiten zu klären, solide Studien zur Analyse und Beurteilung der jeweiligen Situation durchzuführen und Gewaltursachenforschung zu betreiben.

Entwicklungszusammenarbeit: Armut bekämpfen plus Friedensförderung integrieren

Auch die Entwicklungszusammenarbeit kann Beiträge vor allem zur langfristigen Terrorismusbekämpfung leisten. Es geht dabei vor allem darum, Armutsbekämpfung mit Massnahmen zur Integration der friedenspolitischen Dimension auf konzeptioneller und operationeller Ebene zu kombinieren. Der 11. September zeigt, dass Konfliktprävention und Friedensförderung nicht nur vorübergehende Modethemen der Entwicklungszusammenarbeit sein dürfen. Es ist vielmehr geboten, sie in deren Strukturen und Instrumente zu integrieren. Konkret schliesst dies den Einbezug von politischer Frühwarnung genauso mit ein, wie von soliden Analysen zu Konfliktursachen und Konflikt- und Friedenspotenzialen beteiligter Gruppen. Ferner ist auch wichtig, dass diese Analysen in das Planungs-, Monitoring- und Evaluierungsinstrumentarium der Entwicklungszusammenarbeit integriert werden. Damit stellen sich nicht nur konzeptionelle, sondern auch personelle Herausforderungen an die traditionelle Entwicklungszusammenarbeit. Ausbildung wird dabei prioritär.

Möglichkeiten und Grenzen der zivilen Friedensförderung

Auch Mittel der zivilen Friedensförderung reihen sich im Wesentlichen in die Bekämpfung der Ursachen von Terrorismus und Gewalt ein: Mit Massnahmen wie der Friedenserziehung kann an der Veränderung von Feindbildern gearbeitet werden. Auch gezielte Medienarbeit ist wichtig. Lokale Friedenskräfte können gestärkt werden, die sich für gewaltarme Regelungen von Konflikten in ihren Gesellschaften einsetzen. Kurz- bis mittelfristig kann der Dialog zwischen verfeindeten Gruppen mit Mitteln der zivilen Friedensförderung in Gang gebracht und damit die Voraussetzung für friedliche Konfliktregelungen geschaffen werden.

Die Eroberer



«So, jetzt brauchen wir noch eine Regierung...» – «Wozu?»

Negative Folgen der Globalisierung angehen: Für eine neue, alte Wertediskussion

Fazit ist: Sowohl zivile Mittel wie Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit als auch militärische Mittel werden nicht ausreichen, die Wurzeln des Terrorismus inklusive des neuen Al Kaida Typus wirkungsvoll zu bekämpfen: Es ist vielmehr notwendig, auf der politischen und ökonomischen Ebene erneut auf grundlegende Fragen zurückzukommen und in eine neue, alte Wertediskussionen einzutreten. Unter dem Stichwort «negative Folgen der Globalisierung» lässt sich auch die Terrorismusdebatte einordnen. Alte Fragen und Diskurse müssen neu gestellt werden: Wie sieht eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aus? Wie sieht die Balance zwischen Wachstum und Verteilung auf globaler und auf nationaler Ebene aus? Wie sind die Strukturen des Welthandels und der Weltpolitik beschaffen?

Das sind nur einige Ausgangsfragen, denen wir uns stellen müssen, wollen wir Schritte zur globalen Ursachenbekämpfung des Terrorismus unternehmen.

Zu lange haben wir die Entwicklungs- und die Friedenspolitik immer mehr professionalisiert, dabei aber stillschweigend akzeptiert, dass die übergeordneten Strukturen der Weltwirtschaft und des politischen Systems so sind, wie sie sind. Wir haben die EZA und die Friedensaktivitäten nur innerhalb dieses Rahmens effizienter ausgestaltet, aber die grundlegenden Bedingungen nicht angetastet. Der 11. September sollte uns Anlass geben, diese Rahmenbedingungen erneut zu überprüfen und in Frage zu stellen - wenn wir es ernst meinen mit der Bekämpfung der Ursachen von Armut, gewaltsamen Konflikten und Terrorismus.

Thema

Appel de Genève: Minenverbot auch für Rebellengruppen

Die Genfer Nicht-Regierungsorganisation Appel de Genève verhandelt mit bewaffneten nichtstaatlichen Akteuren über ein Verbot von Landminen. Jüngster Erfolg ist die Unterzeichnung eines Minenverbotes durch die südsudanesische Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A).

Von Tobias Gasser*

Wenn eine minenfreie Welt das Ziel sei, dann reiche die Personenminen-Verbotskonvention nicht aus, meint Elisabeth Reusse-Decrey. Die Genfer Anti-Minenaktivistin weist auf einen wunden Punkt der Personenminen-Verbotskonvention hin: Nur Staaten können das Übereinkommen unterschreiben und ratifizieren. «Heutige Konflikte sind meist innerstaatliche Konflikte und Bürgerkriege, in welchen sich bewaffnete nichtstaatliche Akteure wie Guerilla und RebellInnen RegierungssoldatInnen gegenüberstehen.» Mit der Minenverbotskonvention werden Regierungen in die Pflicht genommen, aber was geschieht mit den RebellInnengruppen? «Diese Frage hat man mir immer wieder gestellt», sagt Elisabeth Reusse-Decrey. Im Dezember 1997, als in Ottawa das Übereinkommen zur Unterschrift aufgelegt wurde, sind immer wieder Vertreterinnen und Vertreter von Anti-Minenkampagnen aus Bürgerkriegsregionen auf sie zugekommen und haben ihre Enttäuschung gezeigt. «Sie befürchteten, dass die Ottawa-Konvention keine Wirkung haben könnte in ihren Herkunftsländern, die von internen bewaffneten Auseinandersetzungen betroffenen sind.»



Welt-Terrorismus (Puzzle mit 5000 Teilen)

Dialog mit nichtstaatlichen Akteuren

Die Schweizerische Kampagne gegen Personenminen und weitere sechs Anti-Minenkampagnen führten im März 2000 in Genf eine Konferenz durch. Diese gab den Startschuss für die unabhängige Nicht-Regierungsorganisation «Appel de Genève», welche heute von Elisabeth Reusse-Decrey präsidiert wird. An dieser Konferenz fanden sich zum ersten Mal VertreterInnen der Zivilgesellschaft, von Regierungen und RebellInnengruppen zusammen, um die Minenproblematik zu diskutieren. «Appel de Genève gab sich den Auftrag, mit nichtstaatlichen Akteuren in einen Dialog zu treten, mit dem Ziel eines totalen Personenminenverbotes», sagt Elisabeth Reusse-Decrey. «Zentral ist eine Verpflichtungserklärung, die jede Gruppierung unterschreiben muss.» Wie die Ottawa-Konvention regle der «Appel de Genève» nicht nur das Minenverbot, sondern auch den Zugang zu Minenfeldern, die Minenopferhilfe und die Zerstörung der Minenbestände.

Erfolg im Südsudan

Eine der bewaffneten Gruppierungen, welche im Oktober 2001 die Verpflichtungserklärung einging, ist die südsudanesische Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A). «Befreier, Freiheitskämpfer und ähnliche Leute sind grosse, edle Personen,» sagt Nhial Deng Nhial, Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der SPLA/M, «aber sie sind keine Engel. Sie sind fehlbare Personen», meint er und bereut den bisherigen Mineneinsatz der SPLA/M: «Wir haben Fehler gemacht.»
Die gegnerische sudanesische Regierung im Norden reagierte prompt auf die SPLA/M-Unterschrift. Auch sie seien nun bereit, bald die Ottawa-Konvention zu unterzeichnen und auf den Mineneinsatz zu verzichten, hiess es in Khartoum. Denn: Nicht nur die SPLM/A hat Minen verlegt, auch die Regierungstruppen haben die heimtückische Waffe eingesetzt. Das UN-Departement for Humanitarian Affairs hat 1997 eine Minen-Überblick-

*Tobias Gasser ist Mitarbeiter der Schweizerischen Kampagne gegen Personenminen.

studie gemacht: Rund ein Drittel der Gesamtfläche des Sudans soll von Minen und Blindgängern betroffen sein. Zwischen 500 000 und zwei Millionen Landminen bedrohen die Bevölkerung allein im Süden Sudans. Dazu kommen noch Minen aus dem Zweiten Weltkrieg, die deutsche und britische Soldaten verlegt haben. Der Krieg hinterlässt gesamthaft zwei Millionen Tote, mehrere hunderttausend von Verletzten – inklusive Minen- und Blindgängeropfer – und schätzungsweise 4,5 Millionen Vertriebene.

Darum sei es dringend nötig, dass nach der Unterschrift unter die Verpflichtungserklärung sofort die Minenräumung, Minenopferhilfe, Zerstörung der Lager und die Ausbildung der KommandantInnen über die Verpflichtungserklärung von Appel de Genève beginnen könnten, erinnert Elisabeth Reusse-Decrey.

Öffentlichkeit als Druckmittel

Was passiert aber, wenn eine Gruppierung sich nicht an die vereinbarten Regeln hält? «Unser Druckmittel ist die Öffentlichkeit.» Es ist klar, dass eine Verletzung der Verpflichtungserklärung öffentlich bekannt gemacht wird, wie ja auch die «positive» Unterschrift der Verpflichtungserklärung gegen aussen kommuniziert worden ist. Das regelmässige Monitoring sowie Verifikationsmissionen vor Ort mit lokalen und internationalen ExpertInnen garantiere eine genügende Informationsbasis und Kontrolle.

«Mit dem Appel de Genève haben wir einen neuen Mechanismus kreiert, der uns helfen soll, weitere Forderungen der Menschenrechte und des Humanitären Rechtes unter nichtstaatlichen Akteuren durchzusetzen,» lauten Elisabeth Reusse-Decreys Zukunftspläne. Appel de Genève arbeite zur Zeit daran, Themen wie Kindersoldaten, Folter und Kidnapping in die Verhandlungen mit RebellInnengruppen einzubringen. «Unser Ziel ist nicht nur ein Minenverbot: Sondern Menschenrechte und Frieden für alle.»

Weitere Informationen: Geneva Call, 2, rue Patru, P.O. Box 334, 1211 Geneva 4
Telefon/Fax: +41 22 800 20 68
info@genevacall.org / www.genevacall.org
Oder: Schweizerische Kampagne gegen Personenminen, Büro Deutschschweiz, Neufeldstrasse 5 , 3012 Bern
Telefon 079 283 85 78
tobias@uxo.ch / www.stopmines.org

Die Zukunft des Terrorismus – drei Szenarien

Terrorismusbekämpfung gilt heute als verbreitete Legitimation, jedes militärische Mittel einzusetzen, um so genannte terroristische Gruppen zu zerstören. Als Folge des Anschlags auf das World Trade Center und das Pentagon hat sich eine weltweite Allianz von Staaten gebildet, deren oberstes Ziel die Bekämpfung des Terrorismus ist. Was steht aber hinter den Definitionen von Terrorismus? Was unterscheidet TerroristInnen von FreiheitskämpferInnen, staatlichen von nichtstaatlichem Terrorismus?
In seinem Buch «Die Zukunft des Terrorismus» geht Sebastian Scheerer, Professor für Kriminologie, der Bedeutung von Terrorismus in der Vergangenheit und der Gegenwart nach und zeichnet in drei Szenarien auf, wie die Zukunft aussehen könnte. Es ist ein Versuch, auf Grund einer «vernünftigen» Diagnose des Ist-Zustandes eine mögliche Entwicklung aufzuzeigen, ohne allzusehr zu spekulieren. «Die Absicht liegt in der De-Eskalation des Diskurses, der Bekämpfung und der Gewaltkonflikte, aus denen der Terrorismus entsteht», schreibt der Autor. Im Kapitel «Zukunft Eins» befasst er sich mit den Bedingungen der Möglichkeit eines erfolgreichen Krieges gegen den Terrorismus. «Zukunft Zwei» geht auf die Möglichkeit eines Fiaskos dieser Strategie ein und in «Zukunft Drei» zeigt er einen dritten Weg der Reaktion auf den Terror auf, jenseits unmittelbarer Überwältigung des Gegners. Dabei wechselt er die Perspektive von der militärischen Bekämpfung zu der des Verstehens. Sebastian Scheerers Analyse verzichtet auf moralische Bewertung. Er versucht zu beschreiben und zu erklären, was Menschen zu terroristischen Handlungen motiviert und diese gegen alle Hindernisse und Skrupel auch ausführen lässt. Das Buch soll ein Beitrag sein «...einer von Wunschbildern, Albträumen und Verdrängungen gezeichneten Gegenwart ein paar Skizzen ganz anderer Art entgegenzusetzen.»
(cz)

Sebastian Scheerer: Die Zukunft des Terrorismus. Drei Szenarien. Verlag zu Klampen, 2002, Fr. 30.90, 169 Seiten.

Weitere empfehlenswerte neuere Literatur zum Thema:

Ignacio Ramonet: **Kriege des 21. Jahrhunderts.** Rotpunktverlag Zürich, 2002. Erscheint im September 2002.

ÖSFK (Hrsg.): **Ground Zero. Friedenspolitik nach den Terroranschlägen auf die USA.** Dialog, Beiträge zur Friedensforschung Bd. 41. Agenda-Verlag Münster, 2002. 271 Seiten.

Die USA in der Gewaltspirale: Von der Unmöglichkeit das Terrorproblem mit Krieg zu lösen

Das neue Jahrtausend hat nicht friedlich begonnen. Die erhoffte «Friedensdividende» mit mehr zivilen und weniger militärischen Ausgaben nach dem Ende des Kalten Krieges ist ausgeblieben. Die USA präsentiert sich nicht nur als unangefochtene Supermacht, sondern seit dem 11. September auch als «Nation im Krieg». Mit «Terrorismus» wurde der Feind in diesem Krieg nur äußerst vage definiert, und schließt a priori keinen der 191 Staaten der Welt aus. Ebenso ist die zeitliche Dauer dieses Krieges völlig unabsehbar und wird scheinbar von den USA alleine bestimmt.

Von Daniele Ganser*

Dass Raum und Zeit dieses Krieges nicht begrenzt sind, macht Angst. Es wächst die Furcht vor einer verletzten und entfesselten Supermacht die sich selbst, ihre Alliierten und ihre Gegner in einen für alle Beteiligten zerstörerischen Dritten Weltkrieg hineinzieht. Gleichzeitig ist im Westen wegen der Unmöglichkeit, hundertprozentige Sicherheit in offenen Gesellschaften zu garantieren, die Angst vor neuen Terroranschlägen zwar verdrängt, aber im Kern ungebannt.

Ein Ende dieser Entwicklung ist keineswegs in Sicht. Ein halbes Jahr nach den Terroranschlägen auf New York und Washington gedachte der amerikanische Präsident im März in einer Feier vor dem Weissen Haus der 2830 Opfer von New York und der 250 Toten von Washington und Pennnsylvania. Vor einem Fahnenmeer betonte George Bush, dass die vergangenen sechs Monate nur «eine kurze Zeit in einem langen Krieg» gewesen seien. Die grosse Mehrheit der US-AmerikanerInnen stehen trotzdem patriotisch hinter ihm. Sie wollen Vergeltung und erhoffen sich Sicherheit. Obwohl der anhaltende und sich ausdehnende Krieg den Hass der Fanatiker schürt, und ein neuer grosser Terroranschlag im Westen im laufenden Jahr die Gewaltspirale weiter beschleunigen würde.

*Daniele Ganser hat eine Monographie zur Rolle der UNO in der Kubakrise veröffentlicht und zu Geheimarmeen in Europa, paramilitärischen Operationen, und der fehlenden demokratischen Kontrolle von Geheimdiensten promoviert.

Afghanistan und der Kampf gegen ein Netzwerk

Bis jetzt steht fest, dass der erfolgreiche Sturz der Taliban durch die USA und die Besetzung von Kabul durch die Alliierten erstens den Krieg in Afghanistan nicht beendet und zweitens den Terrorismus nicht besiegt hat. Uniformen wurden ausgetauscht und Bärte abgeschnitten. Aber die Kämpfe im Afghanischen Hinterland gehen weiter, Migrationswellen destabilisieren das fragile Pakistan und die Kashmirregion zusätzlich und Taliban-Führer Mullah Omar entwischte den US-Spezialtruppen auf einem Motorrad. Eine inhumane Regierung eines bettelarmen Landes wie jene der Taliban in Afghanistan zu stürzen, um sie durch eine neue zu ersetzen, ist für eine Supermacht vergleichsweise einfach. Die USA haben vor Präsident Hamid Karzai in anderen Ländern schon andere Regierungschefs installiert.

Viel weitreichender und wichtiger jedoch ist eine zentrale Einsicht, die sowohl von Friedensaktivisten als auch von progressiven Militärexperten schon vor dem Angriff auf Afghanistan vorgetragen wurde, und die sich nun mit einiger Verzögerung auch im Pentagon in Washington ausbreitet: Die Einsicht, dass mit dem Sturz der Taliban Regierung die Zerschlagung der von Osama Bin Laden angeführten Al-Qaida Terrorgruppe keineswegs gegeben ist. Der frontale Angriffskrieg löscht den Terrorismus nicht aus. Denn die Al-Qaida Organisation ist wie andere komplexe Terrorgruppen ein Netz von Netzen. Das Al-Qaida Netzwerk hatte sein Zentrum in Afghanistan, und dieses ist nun weitgehend zerstört. Aber das Netz als solches formiert sich anderswo neu, und das Problem bleibt nicht nur ungelöst, sondern hat sich sogar verschärft, da man die neuen Knotenpunkte und Zentren des Netzes nicht kennt. John Arquilla, ein ehemaliger US Marine der nun in Kalifornien Professor am Naval Postgraduate College in Monterey ist und im Zusammenhang mit dem Afghanistanfeldzug eng mit dem Pentagon zusammenarbeitet, drückte es unlängst so aus: «Wir wissen, wie wir einen Nationalstaat anzupacken haben, aber nicht, wie wir uns einem Netz gegenüberstellen sollen.»[1]

Die vom Musiker Billy Joel gestellte Frage: «Why can't we learn from all we've been through after two thousand years?»[2] ist vollkommen berechtigt und

gilt auch für den Krieg gegen den Terrorismus und andere Netzwerke, welche im Gegensatz zu Nationalstaaten keine immobile Hauptstadt und keine klar gekennzeichnete Armee und Regierung haben. Die Zerschlagung der großen Drogenkartelle in Kolumbien hat den Drogenexport nicht verringert. Vielmehr sind andere kleinere Gruppen entstanden, die viel schwieriger zu kontrollieren sind. Auch in Kolumbien erzeugt Gewalt weiterhin Gegengewalt, und dieses Buschfeuer fordert seit fünf Jahrzehnten täglich seinen Blutzoll. Alte Problemlösungen aus der Zeit des Kalten Krieges und der Angst vor den Sowjetischen Panzern und Raketen beeinflussen das Pentagon aber auch heute noch zu einem hohen Grad. «Man macht gewissermaßen weiter wie bisher, weil einem nichts Besseres einfällt», so Arquilla, auch wenn dies im Falle der Terrorbekämpfung wohl kaum zu einer besseren Welt führen wird. «Wenn ich das Zentrum eines weit gespannten Netzes geortet habe, rühre ich es am besten nicht an», formuliert Arquilla das Offensichtliche, «weil es sich sonst auflöst und irgendwo neu formiert, wo ich es vielleicht nicht mehr finde.»

«Nicht anrühren» im Sinne von «nicht bombardieren» mag für viele Männer im Pentagon und in den Verteidigungsministerien von Westeuropa ein Synonym für Nichtstun und Impotenz gewesen sein. Militärisch nicht zu reagieren war daher schlicht keine Option nach dem 11. September, ungeachtet der Intelligenz und Fortschrittlichkeit des militärischen Lösungsansatzes, und ungeachtet des Flehens der FriedensaktivistInnen, die USA möchten doch nun in Wut trauern, aber nicht in Trauer wüten. Und so begann die Supermacht in unglaublich kurzer Zeit einen Feldzug gegen Afghanistan und band die erstaunliche Zahl von 23 Länder in die Kriegshandlungen in und um Afghanistan ein.

Krieg ohne UNO Mandat

Gemessen an der Anzahl beteiligter Nationen ist die Dimension des Weltkrieges erreicht. Die Hoffnung bleibt, dass die intensive militärische Antwort auf den 11. September auf eine Frühphase beschränkt bleibt, sich zunehmend Nationen aus dem Krieg gegen den Terrorismus zurückziehen, und zivile Ansätze die Zukunft dominieren. Die Hoffnung bleibt auch, dass Al-Qaida und andere Terrorgruppen nun von weiteren Anschlägen absehen. Gesichert ist diese Entwicklung jedoch keineswegs, ja sie mag geradezu naiv anmuten.

Nach den 60 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs haben sich sowohl Sieger wie auch Verlierer darauf geeinigt, dass eine solche Katastrophe nie mehr geschehen dürfe. Die Zivilgesellschaft, unter welchem Vorwand auch immer, kann kein Interesse an einem Weltkrieg haben. Daher wurde 1945 die UNO als Weltfriedensorganisation gegründet, der nun endlich auch die Schweiz beigetreten ist. In der UNO Charta wurde festgelegt, dass niemals mehr ein Staat mit militärischen Mitteln gegen einen anderen Staat vorgehen dürfe. Das Recht auf militärische Selbstverteidigung nach Angriff wurde von dieser Regel ausgenommen. Ansonsten aber wurde das Gewaltmonopol dem UNO Sicherheitsrat abgetreten.
Da die UNO explizit zur Verhinderung des dritten Weltkrieges gegründet wurde, überrascht es nicht, dass der Krieg von Oberbefehlshaber Bush und seinen europäischen Alliierten einer soliden UN Rechtsgrundlage entbehrt. Rechtsexperten in den USA und Europa sind sich uneinig, ob der Anti-Terror Feldzug der USA und die Militäraktionen gegen Afghanistan als legale UNO konforme Selbstverteidigung eines Landes nach bewaffnetem Angriff auszulegen sind, oder ob man die Kriegsaktionen der USA als illegale Sabotage der UNO bezeichnen muss. Dessen ungeachtet hat die Supermacht die Welt vor vollendete Tatsachen gestellt.

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington hat der UNO Sicherheitsrat zwei Resolutionen verabschiedet. Die Resolution 1386 vom 12. September 2001 verurteilte den «terroristischen Anschlag» aufs schärfste und sprach von «einer Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit». Das Recht auf Selbstverteidigung jedoch wurde den USA nicht zugesprochen. Dessen ungeachtet erklärte Bush am 15. September seiner Nation: «Wir sind im Krieg.» Doch am 28. September scheiterte er in der UNO erneut, als Resolution 1373 zwar alle Staaten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verpflichtete, aber nochmals weder den USA noch anderen Ländern ein Recht auf militärisches Vorgehen zugestand. Am 7. Oktober schickte dann der amerikanische UNO Botschafter John Negroponte einen Brief an den Sicherheitsrat, in dem er mitteilte, dass die USA ihr Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehmen würden. Am gleichen Tag begann der Angriff auf Afghanistan.

Im Nahen Osten ist Israels Premier Ariel Sharon davon überzeugt, dass er erstens die UNO missachten kann, und zweitens den palästinensischen Terror mit Krieg und Brutalität besiegen wird. Bush, der mit seinem Parlament den ungeheuren Betrag von einer Milliarde Dollar pro Tag

Bush's World

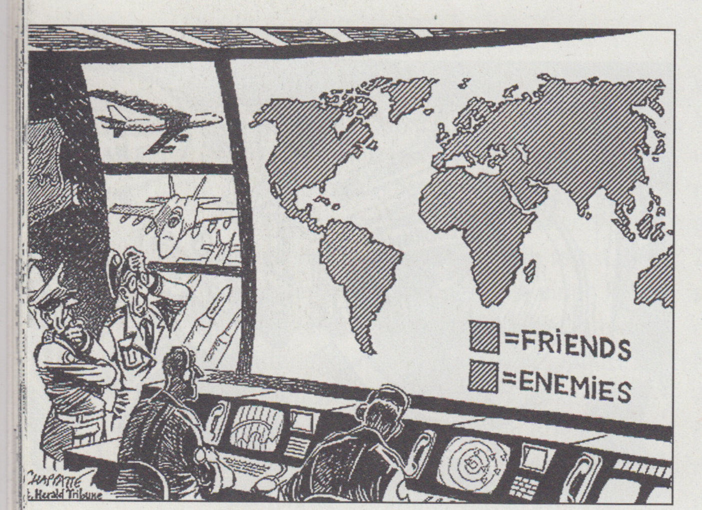
«Wer hat behauptet, Aussenpolitik sei schwierig?»

für den Militärhaushalt 2002 beschlossen hat, scheint diese Ansicht zu teilen, und exerziert das Manöver gleichsam auf globaler Ebene. Dass die USA hierbei auch die UNO übergehen, hat durchaus Tradition. Schon 1993 hatte der damalige Präsident Bill Clinton nach dem Zerfall der UDSSR die UNO darüber informiert, dass die Supermacht USA in Zukunft «multilateral wenn möglich, aber unilateral wenn nötig» vorgehen würden.

ABC-Waffen und Geheimdienste

Wie gefährlich ein solches Vorgehen die Gewaltspirale antreibt, zeigen in aller Deutlichkeit die Opfer im Nahen Osten. Natürlich muss der Kampf aufgenommen werden. Aber nicht gegen andere Menschen, sondern gegen Hass, Gier, Propaganda und vereinfachende Lösungsansätze für komplexe Probleme. Hierzu haben die Friedensbewegungen in allen Ländern schon immer einen großen Beitrag geleistet, der in Zukunft noch mehr gefordert sein wird. Zur Zeit sind die USA intensiv bemüht, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einzudämmen. Denn es ist auch in Washington klar, dass wenn Netzwerke wie Al-Qaida oder andere hasserfüllte Splittergruppen in den Besitz von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen gelangen eine ungeheuer große Gefahr von ABC-Anschlägen ausgehen wird. Gleichzeitig weiß die Weltgesellschaft auch, dass es nach dem Zerfall der Sowjetunion praktisch unmöglich ist, alle Verkaufskanäle von ABC-Waffen zu kontrollieren und die Verkäufe nötigenfalls zu stoppen.

In Westeuropa und in den USA wird diese Weisheit momentan aber dahingehend ausgelegt, dass die Geheimpolizei und andere Geheimdienste der Staaten höhere Budgets, mehr Überwachungstechnik, stärkere Zusammenarbeit und größere Vollmachten zu Übergriffen auf die Privatsphäre der Bürger erhalten sollen. NSA, FBI, CIA und ihre verwandten Dienste in Europa feiern daher ein Comeback. Dies unter der Prämisse, dass nicht Staaten, sondern Private Träger von Terrorismus sind. Diese Prämisse steht jedoch im Widerspruch zu der geschichtlichen Tatsache, dass mit Stalin, Hitler, Mao, Pol Pot und Pinochet der größte Anteil an Terrorismus im 20. Jahrhundert von Staaten als Staatsterrorismus zu verantworten ist. Totalitäre Staaten und ihre Geheimdienste sind für liberale Bürger keine wirkliche Alternative zu Al-Qaida und ABC-Terrorismus.



Freund oder Feind?

Die Notwendigkeit ziviler Lösungen

Der Französische Premierminister Georges Clemenceau hat am Ende des Ersten Weltkrieges weise bemerkt, dass es viel einfacher ist, Kriege zu beginnen, als zu beenden. Der deutsche Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, der während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland an der Entwicklung der Atombombe mitgearbeitet hat, drückte denselben Grundgedanken anlässlich seines 90. Geburtstags in diesem Sommer in einem Interview mit der Weltwoche noch deutlicher aus: «Die Menschheit wird wahrscheinlich nur überleben, wenn sie die Institution des Krieges überwindet. Denn wenn Kriege mit Atomwaffen geführt werden, wird es zu mörderisch.»

Die Überwiegende Mehrheit der Menschen ist auch heute, fast hundert Jahre später, gegen den Krieg, gegen den Terrorismus, und auch gegen den totalitären Überwachungsstaat. Und doch sind paradoxerweise gerade diese drei Übel ungebannt. Dass unter dem Einfluss von Angst, Hass und Rache zudem das eine Übel gegen das andere ausgespielt wird, beschleunigt die Spirale der Gewalt. Ohne Aussicht auf Besserung.

Die finanziellen, personellen und ideellen Ressourcen müssen daher heute konsequent primär auf zivile gewaltfreie Lösungen ausgerichtet werden. Diese Analyse ist zugegeben nicht neu, wurde sie doch schon prominent von Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Nelson Mandela vorgetragen. Bis jetzt hat sie sich nicht durchgesetzt. Aber der 11. September und seine Folgen haben in vielen Kreisen auch ein Denken in neuen Ansätzen angeregt. Dass sich zunehmend nicht nur isolierte «utopische Friedensaktivisten», sondern auch breitere Bevölkerungsschichten für gewaltfreie zivile Lösungen einsetzen, macht Mut. Segmente der israelischen Armee verweigern den Dienst mit der Waffe in den besetzten Gebieten. Palästinensische Intellektuelle sprechen sich deutlich gegen den Terror der Bombenattentate aus. Parlamentarier warnen vor den Gefahren des totalitären Staates und votieren gegen ungebändigte Geheimdienste. Führende Diplomaten betonen die Notwendigkeit das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Und Professoren für Sicherheitspolitik inklusive Berater des Pentagon wie John Arquilla mahnen, dass «nichtmilitärische Strategien» vermehrt in den Vordergrund gerückt werden müssen. Wenn der 11. September zu einem solchen Umdenken in führenden und breitesten Kreisen geführt hat, ist Hoffnung angebracht. Bis zum Beweis des Gegenteils muss sie daher erlaubt sein.

1 Dieses und alle folgenden Zitate von John Arquilla stammen aus dem Artikel von Francis Pisani: Flexible Strategie gegen das Netz der Netze, Le Monde Diplomatique, Juni 2002.

2 Etwa: Weshalb können wir nichts daraus lernen, was wir in 2000 Jahren durchgemacht haben?

«Wir alle sind friedenssehnsüchtig und wir alle haben Kriegsgelüste in uns.»

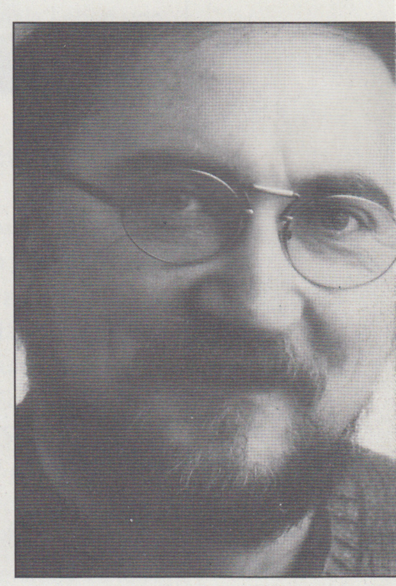
Josef Manser ist soeben aus Kosov@ zurückgekommen, wo er drei Wochen seiner Ferien verbracht hat, zu Besuch bei seinem Freund und dessen Familie. Kennen gelernt hat er Naser bei seiner Arbeit als Seelsorger von Flüchtlingen in «seiner» Gemeinde Speicher. Josef Manser ist seit 1986 Pfarrer in der Katholischen Kirchgemeinde in Appenzell Ausserrhoden. Die Freundschaft hat sich entwickelt als Naser damals während der NATO-Angriffe in Kosov@ erfahren habe, dass seine ganze Familie getötet worden sei. Nach einer langen Zeit des Wartens, Hoffens und Bangens ist die Familie dann aus den Wäldern, in denen sie sich versteckt hatte, wieder aufgetaucht. Wenn Josef Manser nach Kosov@ reist, jetzt zum dritten Mal, wird er häufig gefragt, für welches Hilfswerk er arbeite oder ob er Journalist sei. «Ich sehe dann die Freude in den Gesichtern, wenn ich sage, dass ich auf Besuch, in die Ferien, einfach aus Interesse komme, ohne offizielle Funktion also.» Durch seine Anwesenheit setzt er ein Zeichen; die Menschen, denen er in Kosov@ begegnet, fühlen sich so nicht vergessen.

Wie er denn zum Pfarramt gekommen sei, frage ich. Josef Manser lacht: «Ich bin eigentlich immer da gelandet, wo ich nicht hin wollte.» Er ist mit fünf Geschwistern auf einem Bauernhof in Neuchlen aufgewachsen, gleich neben dem Waffenplatz bei Gossau. Der Milchlohn habe manchmal gereicht, manchmal auch nicht. «Wir haben zwar nie hungern müssen, aber die Grenze zum Hunger habe ich schon kennen gelernt.» Er erinnert sich auch, dass seine Eltern oft betroffen waren von den Nachrichten am Radio. Wenn sie von Kriegen hörten, haben sie geweint. Seine Familie hat ihn stark sozial geprägt, so dass er einen helfenden Beruf erlernen wollte. Ursprünglich hatte er dabei an den Beruf des Arztes gedacht. Als er aber an einem Fest einer Gruppe behinderter Menschen begegnet sei, die ihm traurig erschienen, habe er gemerkt, dass da kein Arzt helfen könne, sondern allenfalls ein Seelsorger. Deshalb habe er sich für die Theologie entschieden.

Im Aufbruch von 1968 hat Josef Manser Theologie studiert und danach wissenschaftlich gearbeitet. Es war ein grosser Schmerz von der Universität wegzugehen, aber er wollte auch in die Seelsorge. Während seiner Zeit als Kaplan hat er gemerkt, dass er die Menschen gern hat, er wollte ihnen nahe sein und er wollte und will immer noch provozieren durch die Botschaft von Jesu: Wichtig sind Beziehungen, Gefühle, betroffen sein. Er versteht seine seelsorgerische Arbeit in erster Linie als soziale Aufgabe. «Es geht nicht, nur in der Kirche von grossen Werten, Visionen, von einer besseren Welt zu reden. Dies muss auch in einem hohen Mass eingelöst werden im Tun – und – es gibt eine grosse Kraft in der Botschaft von Jesu. Man muss sie jedoch im Konkreten leben.» Mit dem Pfarramt, einem Aufstieg in der kirchlichen Hierarchie, laufe man Gefahr sich von den Menschen zu entfernen. Als Pfarrer habe er dann aber gemerkt, dass er in dieser Position die Funktion eines Anwaltes für die Menschen übernehmen könne. «Wichtig ist es, seiner Überzeugung treu zu bleiben und es nicht allen recht machen zu wollen.» Die ersten Jahre im Pfarramt waren «happig». Durch seine Fragen an den Militarismus, an menschenfeindliches Wirtschaften, sein Engagement in der Asylpolitik oder im gewaltfreien Widerstand in Neuchlen-Anschwilen hat er sich viel Kritik eingehandelt und viele Leute kamen nicht mehr in die Kirche in Speicher. Dafür sind dann noch mehr andere gekommen. Er sei, gerade gegenüber seinen Kritikern, immer gesprächsbereit geblieben und habe stets betont, dass dies seine Meinung sei, die er wohl aus dem Evangelium ableite, dies aber deshalb nicht auch die Meinung des Gegenüber sein müsse.

Durch sein kirchliches Amt ist er eine öffentliche Person. Dies bringt Vor- und Nachteile mit sich. Josef Manser ist überzeugt, dass er andere anregen oder anstecken kann, wenn er glaubhaft seine Überzeugungen lebt. Er schmunzelt: «Ohne Pfarramt würde ich als ‹Spinner› angesehen.» Andererseits, was er auch tut, nie ist er ganz privat. Der Pfarrer und damit seine öffentliche Position ist immer dabei.

Es schmerze, sagt Josef Manser, dass Friede im Sinn von Shalom – Glück, Heil, Ganzheit und Selbstfindung – hier kein Anliegen der Menschen mehr ist, ausser vielleicht im kleinsten, privaten Bereich. Das soziale Engagement, das Einfühlungsvermögen und die Verantwortung für andere, vor allem die längerfristige, schwinde, auch wenn es um die kleinen Dinge des Alltags gehe. Seine Aufgabe als Pfarrer sei es – und so versteht er auch seinen Beitrag zur Friedensarbeit, die Visionen von Frieden wachzuhalten, jede Möglichkeit zu ergreifen etwas zu tun, im Kleinen wie im Grösseren zu fragen, sich einzumischen, auf die Menschen zuzugehen. Sich mit sich selber versöhnen bedeutet, dass es einem nicht mehr möglich ist, von sich selber als dem Friedlichen und vom andern als dem Kriegerischen zu denken. Denn, so ist Josef Manser überzeugt: «Wir alle sind friedenssehnsüchtig und wir alle haben Kriegsgelüste.»



Josef Manser

Monika Allenspach

Ein Buch für alle: Antonio Negris und Michael Hardts «Empire» als Rechtfertigung des Bestehenden

Von Simone Wassmer

«Es gibt eine alte Legende, welche die Zukunft kommunistischer Militanz vielleicht verdeutlichen kann: nämlich diejenige des Hl. Franz von Assisi. Man denke an sein Wirken. Um gegen die Armut der Menge zu protestieren, übernahm er deren Lebensumstände und lebte wie die Menge in Armut; und darin entdeckte er die ontologische Macht einer neuen Gesellschaft.» Diese Zeilen sind weder ein Zitat aus einer religiös-esoterischen Schrift, die uns pseudo-politisch verpackt das «back to the roots» verkaufen will, noch der Versuch, mit Hilfe des Existentialisten Martin Heidegger eine Vision für die Zukunft zu malen.

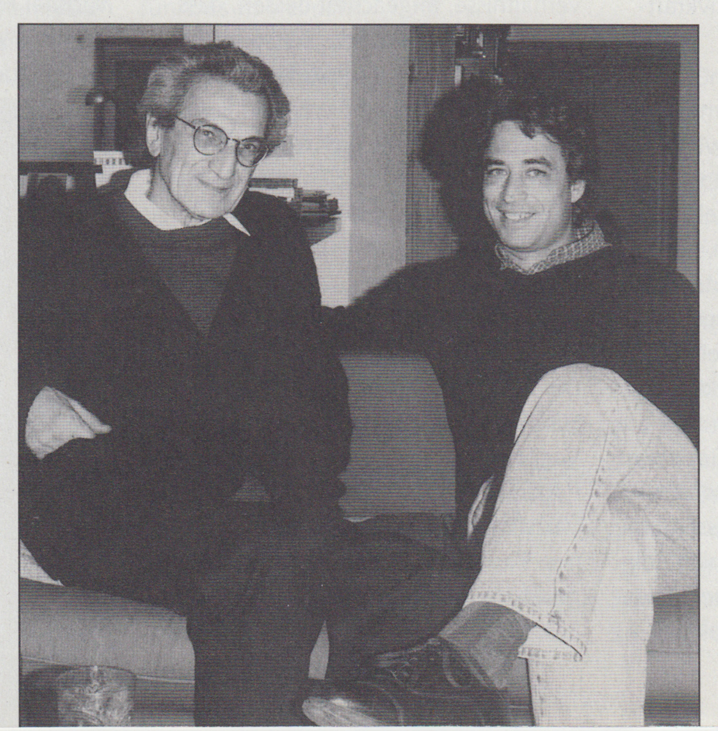
Es ist vielmehr ein Zitat aus der Schlusspassage des vielgepriesenen und oft besprochenen Buches «Empire. Die neue Weltordnung» von Antonio Negri und Michael Hardt, das an manchen Stellen eher ein tröstliches Heilsversprechen denn eine Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Weltordnung ist. Bietet der geschichtsphilosophische Abriss über die Entwicklung des Kapitalismus und damit verbunden der politischen Systeme durchaus noch neue und ungewohnte Ansätze, werden die Autoren bei der Beschreibung der Perspektiven auf eine revolutionäre Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse diffus und schwärmerisch und verstecken ihre Hilflosigkeit hinter einem inhaltsleeren Pathos. Dass insbesondere auch «bürgerlich» orientierte Leitblätter das Buch mit wohlwollenden Rezensionen bedacht haben – mit Ausnahme der NZZ – ist auf deren richtige Einschätzung des fehlenden Potentials effizienter Widerstandsstrategien gegen die «neue Weltordnung» zurückzuführen.

Empire als Ende imperialistischer Herrschaft

Durch das Buch zieht sich wie ein roter Faden der Begriff des «Empire». Im ersten Teil skizzieren Negri und Hardt die neuen Herrschaftsformen. Die Neue Weltordnung definiert sich laut ihrer Theorie nicht mehr über Nationalstaaten, sondern ist eine Art Weiterentwicklung der Vereinten Nationen mit einem Apparat von nationalen und supranationalen Institutionen ohne festes Zentrum. Die grundlegende These der Autoren ist, dass Empire eine neue globale Form der Souveränität darstellt, die weder ein Machtzentrum kennt – auch wenn die USA zur Zeit eine bestimmende Rolle spielt – noch auf bestimmte Grenzen und Schranken festgelegt ist. Das Empire hat kein Aussen mehr, die Souveränität der Nationalstaaten ist eingeschränkt. Es gibt keine Dreiteilung der Welt mehr, alle Welten gehen ineinander über. Parallel dazu findet eine Verschiebung statt von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft. In Anlehnung an den französischen Philosophen Michel Foucault erklären die Autoren, dass die Macht in der Kontrollgesellschaft den Menschen nicht mehr von aussen in Form von Institutionen wie Gefängnis, Polizei, Schule, etc. entgegentritt, sondern von den Subjekten internalisiert wird: «Biomacht ist eine Macht, die das soziale Leben von dessen Innerem aus reguliert.»

Nicht rückwärtsgewandt

Was man den beiden Autoren zugute halten muss: Sie wollen nicht in eine vermeintlich bessere Welt zurück. Negri und Hardt weisen jede Nostalgie gegenüber den Machtstrukturen zurück, die dem Empire vorausgingen. Sie üben Kritik an denjenigen politischen Strategien, die versuchen, zum Schutz gegen das globalisierte Kapital den Nationalstaat erneut zu stärken. «Die linke Strategie, gegen die Globalisierung Widerstand zu leisten und das Lokale zu verteidigen, ist gleichzeitig schädlich. Denn in vielen Fällen ist



Antonio Negri (links) und Michael Hardt

das, was als lokale Identität auftreten mag, weder selbstgewählt noch selbstbestimmt, sondern fördert und stützt die imperiale kapitalistische Maschine.» Sehr zurecht kritisieren Negri und Hardt den rigiden Moralismus, der – ständig auf der Suche nach dem absolut guten und widerspruchsfreien Standpunkt – einen Grossteil der Antiglobalisierungsbewegung erfasst hat: «Wir sollten ein für allemal mit der Suche nach einem Aussen aufhören, nach einem Standpunkt, der das Bild der Reinheit für uns heraufbeschwört.»

Immaterielle Arbeit: Ein irreführender Begriff

Die Autoren beschreiben die Veränderungen der Produktionsweise als Antwort auf die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung. Sie sehen im Proletariat eine Macht, die dem Kapital Schranken setzt und die es zwingt, bestimmte Formen der Produktion zu übernehmen. An dieser Stelle tritt eine Problematik der Analyse zu Tage, die das ganze Buch durchzieht: Eine vollkommen überhöhende und undialektische Sichtweise von Kämpfen und Entwicklungen. Es ist sicher richtig, Veränderungen der Produktionsformen nicht einfach den Bedürfnissen des Kapitals zuzuschreiben und die ArbeiterInnen zum Spielball davon zu machen. Ihre Kämpfe aber als alleinige Ursache von Übergängen zu anderen Produktionsformen zu sehen, verkennt die für den Kapitalismus unverzichtbare dauernde Steigerung der Warenproduktion, einem Motor der Produktivkraftentwicklung.

Unverständlich ist der Optimismus und der Verzicht auf jede Empirie, wenn Negri und Hardt die Veränderungen der Arbeitsformen beurteilen. Sie sehen in der Ablösung der traditionellen industriellen Fabrikarbeit durch computerisierte Arbeitsplätze eine grosse Chance: Einerseits sei diese immaterielle Arbeit kommunikativ, kooperativ und affektiv, andererseits würden nebst Waren und Dienstleistungen auch soziale Beziehungen zwischen den Menschen konstruiert, weil die immaterielle Arbeit Wissen um Kommunikationsformen beinhalte. Lokker übersehen die Autoren dabei die extreme Vereinzelung und die prekären Arbeitsverhältnisse, die gerade innerhalb der Computerbranche herrschen. Zudem ist die Kommunikation, auf die die Autoren hier bauen, vollkommen standardisiert und kaum geeignet zur Verbesserung des sozialen Umgangs. Dass ein Mehr an Informationen auch gleichzeitig einen Zuwachs an Verständnis für Zusammenhänge impliziert, ist ein weiteres Muster der Informationsgesellschaft, das wert ist, hinterfragt zu werden. Die Durchmischung von Information und Unterhaltung und die nicht zu bewältigende Masse an Daten führt kaum zu der von Negri/Hardt proklamierten «Massenintellektualität», sondern im Gegenteil wohl eher zu einer Massengesellschaft, in der die Mehrzahl der Teilnehmenden sich der letzten Fähigkeiten zu analytischem Denken und dialektischem Verstehen berauben. Irreführend ist auch der Begriff «immaterielle Arbeit» selbst: Arbeit am Computer ist genauso warenproduzierende Arbeit wie Arbeit am Förderband auch.

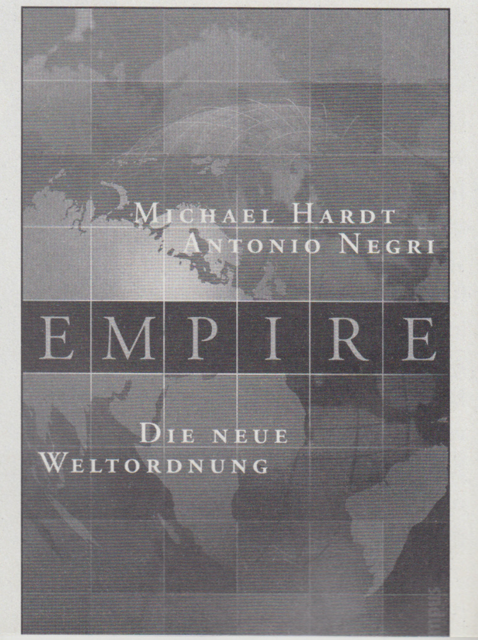
Verschärfend kommt zur oben beschriebenen Problematik dazu, dass Negri und Hardt mit ihrem Begriff der «immateriellen Arbeit» euphorisch in die Propagierung von flexibilisierten Arbeitsverhältnissen abdriften. Die immaterielle Arbeit ist grenzenlos, Produktion und Reproduktion, Arbeitszeit und Freizeit fliessen ineinander über. «Auf dem Feld biopolitischer Produktion gibt es keine Stechuhren; das Proletariat produziert in seiner Gesamtheit überall den ganzen Tag lang.» Die Autoren singen an dieser Stelle ihr Loblied auf flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, ungeachtet dessen, dass Flexibilisierung nicht die Zeitsouveränität der Beschäftigten bedeutet, sondern deren Anpassung an die Bedürfnisse der Betriebe und damit auch in krassem Widerspruch steht zu den unmittelbaren Interessen der Betroffenen selbst.

Mythos statt Revolution

Die Lektüre des Buches von Negri und Hardt stellt alle zufrieden. Auf Grund der Vagheit der Perspektive auf eine revolutionäre Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse, finden AnhängerInnen eines Kapitalismus, dem keine Schranken gesetzt werden, bei Negri und Hardt die Bestätigung, dass Flexibilisierung und Globalisierung nur zum Wohle der Beschäftigten sind und sich schlussendlich beinahe natürlich ein Zustand einstellt, der allen zum Glück verhilft. GlobalisierungsgegnerInnen wissen inskünftig, dass der Wille dagegen zu sein, auch weiterhin vollkommen ausreicht. Sie sind damit Teil der Menge, die mit «absolut positiver Kraft» ein «Gegen-Empire aufbauen und den weltweiten Strömen und Austauschverhältnissen eine andere politische Gestalt geben».

Mit schier unglaublichem Pathos verheissen die Autoren am Schluss des Buches im Stile einer mystisch-religiösen Verheissung mit Versatzstücken aus der christlichen Glaube-Liebe-Hoffnungs-Lehre eine Revolution, die jeder Analyse spottet: «Diese Revolution wird keine Macht kontrollieren können – weil Biomacht und Kommunismus, Kooperation und Revolution in Liebe, Einfachheit und auch in Unschuld vereint bleiben. Darin zeigen sich die nicht zu unterdrückende Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein.»

Michael Hardt, Antonio Negri: «Empire: Die neue Weltordnung», Campus Verlag Frankfurt/Main 2002, 461S., Fr. 61.–

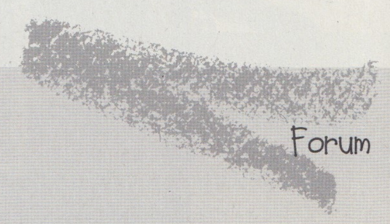


Mit zehn Jahren Pazifist

Leserbeitrag zu FriZ 2/02, Wehrpflicht ade?

Der deutsche Spielkamerad, den meine Eltern aufgenommen hatten, machte mir klar, ohne dass wir zusammen über den Ersten Weltkrieg gesprochen hätten, dass ich einmal, wenn ich gross sein werde, dieses traurige Spiel nicht mitmachen würde. Ich hatte keine Ahnung, was auf mich zukommen würde. Erwachsene, gescheite Leute werden dieses Blutvergiessen nicht wiederholen, so dachte ich. «Nie wieder Krieg», hörte ich und las später die Schrift von Immanuel Kant «Vom ewigen Frieden».
Im Konfirmandenunterricht stellte ich die Frage: Was sagt die Bibel dazu? Nach einem Vortrag hatte ich mit einem Pfarrer einen Briefwechsel und stellte die Frage: Was sagt die Bibel zur Dienstverweigerung? Er antwortet, die beiden Seiten sollten sich nicht gegenseitig verketzern.
Nach meiner Dienstverweigerung erhielt ich einen langen Brief von einem Cousin, worin er schrieb, ich solle der Familie diese Schmach nicht antun. Das war schwer zu ertragen. Um die Angehörigen nicht zu belasten, tat ich alles. Mein Brief an die Militärdirektion hat den Richtern Eindruck gemacht. «Ich brauche Ihnen wohl kaum zu sagen, dass meine lieben Eltern über diesen Schritt aufs Innerste erbittert sind. Ich bin im Herzen zerrissen, das ich ihnen, die mir während zwanzig Jahren die beste Erziehung gaben, dieses übergrosse Leid antun muss ... Ich bitte Sie darum dringend, meinen lieben Eltern nicht durch unvorsichtige und unnötige Besuche ihren Schmerz noch zu vergrössern und hoffe, dass Sie meinem Wunsch entsprechen.»
Ich wurde aus der Armee, als ihrer nicht würdig, entlassen und erhielt die minimalste Strafe, so erklärte mir der amtliche Verteidiger. Man hatte bei der Dienstverweigerungs-Gruppierung nachgeforscht und fand nichts Belastendes.
Paul Pfister, Thun

Klein aber fein



Eine gerechtere Welt schaffen durch eine Änderung des Geldsystems und eine Reform des Bodenrechts – das ist das Ziel der Initiative für eine natürliche Wirtschaftsordnung INWO.

Die INWO engagiert sich für eine gerechtere Welt. Das tun Unzählige, doch kann es je genügend Mitmenschen und Organisationen geben, die dieses Ziel verfolgen? Die INWO will ihren konkreten Beitrag für eine gerechtere Welt dadurch leisten, dass sie sich für eine Änderung des Geldsystems, sowie für eine Reform des Bodenrechtes einsetzt.

Geld ist mehr wert als Waren

Die leistungslosen Einkommen führen zu einer immer grösseren Kluft zwischen Arm und Reich. Es ist nicht Habgier und Egoismus des Einzelnen oder ein Naturgesetz, das zu dieser Umverteilung führt. Es ist vielmehr ein Systemfehler, der auf der Überlegenheit des Geldes gegenüber dem Wert von Waren und Dienstleistungen basiert.

Mit relativ kleinen Modifikationen liesse sich die Wirtschafts- und die Gesellschaftsordnung verändern in Richtung:
- wirklich freie Marktwirtschaft (ohne Monopole)
- Erschwerung der Ausbeutung der «Dritten Welt»
- ausgeglicheneres Einkommen
- stabile Kaufkraft (Sicherheit fürs Alter)
- ökologisches Handeln ökonomisch gestalten
- Steuerentlastung durch Wegfall diverser Kapitaldienste

INWO, Postfach, 5001 Aarau, Tel. 062 822 84 86, Fax: 062 823 67 55 contact@inwo.org www.inwo.org www.inwo.ch www.geldreform.net



Die Erde ist unsere Mutter

Bei den Bemühungen um eine Bodenrechtsreform hört die INWO – vereinfacht gesagt – auf die Stimme des Häuptlings von Seattle: «Die Erde gehört uns nicht. Sie ist unsere Mutter, die uns trägt und ernährt. Und wer wird schon seine Mutter verkaufen?»
Winston Churchill sagte 1905 in einer Rede: «...unverdienter Bodenzuwachs ist die Urform eines unverdienten Wertzuwachses. Boden ist eine Lebensnotwendigkeit für die menschliche Existenz. Dieser Boden unterscheidet sich von allen übrigen Formen des Eigentums.»
Die INWO Schweiz, ein kleiner aber hochmotivierter Verein, ist der Ansicht, dass ihre Arbeit und ihre Ziele gerade in der heutigen Zeit wieder höchste Aktualität erlangt haben.

Die INWO unterhält eine spannende und lehrreiche Internetseite und gibt, zusammen mit INWO-Deutschland und INWO-Österreich, ihr monatlich erscheinendes Vereinsorgan heraus (r-evolution, vormals evolution. Probeexemplar im Sekretariat in Aarau anfordern).
Sabine Bruppacher



«Taten zum Frieden tun not»

Eine Fotoausstellung über die Sinnlosigkeit des Krieges, organisiert von FRIEDENSBRUGG und AMICA Schweiz ist vom 10. September bis zum 11. Oktober in der Elisabethen-Kirche in Basel zu sehen. Parallel dazu finden verschiedene Veranstaltungen von schweizerischen Friedens-organisationen statt.

Die Vereinigungen FRIEDENSBRUGG (Basel, Leimental, Rheinfelden) wurden 1992 unter dem Eindruck der ausbrechenden Kriege im ehemaligen Jugoslawien gegründet. Der Schock, dass solche brutalen Kriege in Europa wieder möglich waren, sass damals tief. Mit einem Begegnungszentrum in Mohacs in Südungarn wurden Möglichkeiten geschaffen, dass sich Leute wieder treffen konnten, die durch den Krieg getrennt worden waren. Mit Familienbegegnungen, Kursen zur gewaltfreien Konfliktbewältigung, Workshops für LehrerInnen, GemeindepolitikerInnen und umweltbewusste Vereinigungen wurden erste Brücken geschaffen.

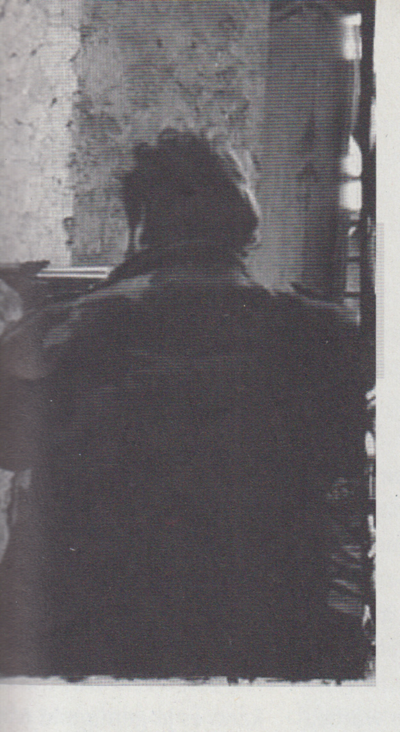
Auch heute noch ist die FRIEDENSBRUGG in der Dreilandregion der Drava- und Save-Mündungen in die Donau (Kroatien, Serbien und Bosnien) aktiv. Fortbildungskurse für LehrerInnen, ökumenische Veranstaltungen mit Kursen in gewaltfreier Kommunikation, eine Beratungsstelle für Biolandbau und Kompostkurse sind die Hauptaktionen.

Krieg – ungeweinte Tränen

In der Zeit von 1991 bis 1996 hat der Fotograf Kurt Sauter immer wieder den Balkan besucht und Bilder eingefangen, die den Schmerz und die Not der Menschen ausdrücken, die im Krieg alles verloren haben. Die Fotos zeigen die Sinnlosigkeit jedes Krieges. Am 17. September findet die Vernissage mit einer Performance «Im Kampf um Frieden» von Gérard Klausner und mit Liedern von Othmar Schoeck statt.
Parallel zur Ausstellung, die in der Offenen Kirche Elisabethen in Basel zu sehen ist, finden auch Anlässe verschiedener schweizerischer Friedensorganisationen statt. Unter dem Titel «Taten zum Frieden tun Not» zeigen diese Organisationen, was sie für den Frieden tun.

Rahmenp

Friedensorganisationen berichten im Rahmen der Veranstaltung **Taten zum Frieden tun not** in der Kirche Elisabethen in Basel über ihre Aktivitäten:
Di 17.9. 18.30 Uhr **Vernissage der Ausstellung** mit Performance von Gérard Klausner und mit Liedern von Othmar Schoeck.
Mi 18.9. 12.15 Uhr **Privilege Sharing – PS**: Liebe, Mitgefühl und Demut als Quellen des Friedens. Diskussion mit engagierten PS-Aktivisten
Mo 23.9. 20.00 Uhr Universelle Friedenstänze: Gemeinschaftstänze mit dem Publikum und Elvira Maria Müller
Do 26.9. 18.30 Uhr Rückführung zum Frieden: Auswirkungen des Krieges in Familien im Kosov@. **Hava Shala**, Winterthur
Do 26.9. 20.00 Uhr Maltherapie als Weg zum Frieden: Vortrag mit Dias. Annegreth Zimmermann, **AMICA Schweiz**
Fr 27.9. 18.30 Uhr Konflikte als Chance für den Frieden: Der Zauber kreativer Kommunikation mit Verena Jegher, **Friedensbrugg**
Di 1.10. 20.00 Uhr Utopien als Voraussetzung zum Frieden: Vortrag von **Louis Kuhn**, Friedensbrugg.
Kann Wehrpflicht Friedensdienst werden? Fragen an die **Beratungsstelle für Zivildienst und Militärverweigerung.**
Hidepark-Corner zum Frieden.
Mi 2.10. 13.00 Uhr Universelle Friedenstänze: Gemeinschaftstänze mit dem Publikum und Elvira Maria Müller
Do 3.10. 18.30 Uhr Medienarbeit für den Frieden: Ein Film lokaler Medien zur



len

landbau und Kompostkurse sind die Hauptaktionen.

Krieg – ungeweinte Tränen

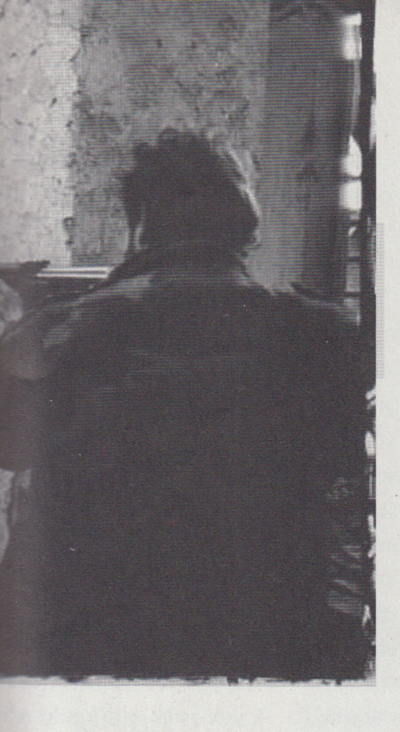
In der Zeit von 1991 bis 1996 hat der Fotograf Kurt Sauter immer wieder den Balkan besucht und Bilder eingefangen, die den Schmerz und die Not der Menschen ausdrücken, die im Krieg alles verloren haben. Die Fotos zeigen die Sinnlosigkeit jedes Krieges. Am 17. September findet die Vernissage mit einer Performance «Im Kampf um Frieden» von Gérard Klausner und mit Liedern von Othmar Schoeck statt.
Parallel zur Ausstellung, die in der Offenen Kirche Elisabethen in Basel zu sehen ist, finden auch Anlässe verschiedener schweizerischer Friedensorganisationen statt. Unter dem Titel «Taten zum Frieden tun Not» zeigen diese Organisationen, was sie für den Frieden tun.

Rahmenprogramm

Friedensorganisationen berichten im Rahmen der Veranstaltung **Taten zum Frieden tun not** in der Kirche Elisabethen in Basel über ihre Aktivitäten:
Di 17.9. 18.30 Uhr **Vernissage der Ausstellung** mit Performance von Gérard Klausner und mit Liedern von Othmar Schoeck.
Mi 18.9. 12.15 Uhr **Privilege Sharing – PS**: Liebe, Mitgefühl und Demut als Quellen des Friedens. Diskussion mit engagierten PS-Aktivisten
Mo 23.9. 20.00 Uhr Universelle Friedenstänze: Gemeinschaftstänze mit dem Publikum und Elvira Maria Müller
Do 26.9. 18.30 Uhr Rückführung zum Frieden: Auswirkungen des Krieges in Familien im Kosov@. **Hava Shala**, Winterthur
Do 26.9. 20.00 Uhr Maltherapie als Weg zum Frieden: Vortrag mit Dias. Annegreth Zimmermann, **AMICA Schweiz**
Fr 27.9. 18.30 Uhr Konflikte als Chance für den Frieden: Der Zauber kreativer Kommunikation mit Verena Jegher, **Friedensbrugg**
Di 1.10. 20.00 Uhr Utopien als Voraussetzung zum Frieden: Vortrag von **Louis Kuhn**, Friedensbrugg.
Kann Wehrpflicht Friedensdienst werden? Fragen an die **Beratungsstelle für Zivildienst und Militärverweigerung**.
Hidepark-Corner zum Frieden.
Mi 2.10. 13.00 Uhr Universelle Friedenstänze: Gemeinschaftstänze mit dem Publikum und Elvira Maria Müller
Do 3.10. 18.30 Uhr Medienarbeit für den Frieden: Ein Film lokaler Medien zur Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung, präsentiert von der **Medienhilfe** mit Vanda Mathis
Fr 4.10. 18.30 Uhr KIDS – ein konkreter Beitrag zum zivilen Wiederaufbau und zum Frieden im Kosov@. Der **Service Civil International SCI** stellt sein aktuelles Jugendprojekt vor.
Di 8.10. 18.30 Uhr Kompost und Bio-Paprika für den Frieden: Einblicke in die Projekte. Margrit u. Peter Fankhauser, **Friedensbrugg**
Mi 9.10. 20.00 Uhr «Das ist keine Leben» Vorstellungen von Frieden. Palästinensische Frauen berichten im Film über den Alltag unter der Besatzung. **cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit**, Barbara Müller, Bianca Miglioretto
Do 10.10. 18.30 Uhr Arbeit Schweizerischer Gemeinden für Frieden und Demokratie in Südosteuropa: **GGS – Gemeinden Gemeinsam** Schweiz: Marianne von Grünigen, Andreas Kohlschütter. Film über Gemeinde-Mitwirkung und Kurzreferate von Projekt-Betreuern über die Arbeit von GGS

Die Offene Kirche Elisabethen in Basel ist leicht erreichbar: Elisabethenstrasse 10, Tramstation Bankverein, 10 Min. zu Fuss vom Bahnhof SBB entlang der Tramlinie 2 Richtung Stadt.

Öffnungszeiten der Ausstellung: Di–Fr 10–21 h, Sa 10–18 h, So 13–18 h. Cafébar Di–Sa 10–18 h. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen im Internet: www.friedensbrugg.ch



len

landbau und Kompostkurse sind die Hauptaktionen.

Krieg – ungeweinte Tränen

In der Zeit von 1991 bis 1996 hat der Fotograf Kurt Sauter immer wieder den Balkan besucht und Bilder eingefangen, die den Schmerz und die Not der Menschen ausdrücken, die im Krieg alles verloren haben. Die Fotos zeigen die Sinnlosigkeit jedes Krieges. Am 17. September findet die Vernissage mit einer Performance «Im Kampf um Frieden» von Gérard Klausner und mit Liedern von Othmar Schoeck statt.
Parallel zur Ausstellung, die in der Offenen Kirche Elisabethen in Basel zu sehen ist, finden auch Anlässe verschiedener schweizerischer Friedensorganisationen statt. Unter dem Titel «Taten zum Frieden tun Not» zeigen diese Organisationen, was sie für den Frieden tun.

Rahmenprogramm

Friedensorganisationen berichten im Rahmen der Veranstaltung **Taten zum Frieden tun not** in der Kirche Elisabethen in Basel über ihre Aktivitäten:
Di 17.9. 18.30 Uhr **Vernissage der Ausstellung** mit Performance von Gérard Klausner und mit Liedern von Othmar Schoeck.
Mi 18.9. 12.15 Uhr **Privilege Sharing – PS**: Liebe, Mitgefühl und Demut als Quellen des Friedens. Diskussion mit engagierten PS-Aktivisten
Mo 23.9. 20.00 Uhr Universelle Friedenstänze: Gemeinschaftstänze mit dem Publikum und Elvira Maria Müller
Do 26.9. 18.30 Uhr Rückführung zum Frieden: Auswirkungen des Krieges in Familien im Kosov@. **Hava Shala**, Winterthur
Do 26.9. 20.00 Uhr Maltherapie als Weg zum Frieden: Vortrag mit Dias. Annegreth Zimmermann, **AMICA Schweiz**
Fr 27.9. 18.30 Uhr Konflikte als Chance für den Frieden: Der Zauber kreativer Kommunikation mit Verena Jegher, **Friedensbrugg**
Di 1.10. 20.00 Uhr Utopien als Voraussetzung zum Frieden: Vortrag von **Louis Kuhn**, Friedensbrugg.
Kann Wehrpflicht Friedensdienst werden? Fragen an die **Beratungsstelle für Zivildienst und Militärverweigerung**.
Hidepark-Corner zum Frieden.
Mi 2.10. 13.00 Uhr Universelle Friedenstänze: Gemeinschaftstänze mit dem Publikum und Elvira Maria Müller
Do 3.10. 18.30 Uhr Medienarbeit für den Frieden: Ein Film lokaler Medien zur Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung, präsentiert von der **Medienhilfe** mit Vanda Mathis
Fr 4.10. 18.30 Uhr KIDS – ein konkreter Beitrag zum zivilen Wiederaufbau und zum Frieden im Kosov@. Der **Service Civil International SCI** stellt sein aktuelles Jugendprojekt vor.
Di 8.10. 18.30 Uhr Kompost und Bio-Paprika für den Frieden: Einblicke in die Projekte. Margrit u. Peter Fankhauser, **Friedensbrugg**
Mi 9.10. 20.00 Uhr «Das ist keine Leben» Vorstellungen von Frieden. Palästinensische Frauen berichten im Film über den Alltag unter der Besatzung. **cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit**, Barbara Müller, Bianca Miglioretto
Do 10.10. 18.30 Uhr Arbeit Schweizerischer Gemeinden für Frieden und Demokratie in Südosteuropa: **GGS – Gemeinden Gemeinsam** Schweiz: Marianne von Grünigen, Andreas Kohlschütter. Film über Gemeinde-Mitwirkung und Kurzreferate von Projekt-Betreuern über die Arbeit von GGS

Die Offene Kirche Elisabethen in Basel ist leicht erreichbar: Elisabethenstrasse 10, Tramstation Bankverein, 10 Min. zu Fuss vom Bahnhof SBB entlang der Tramlinie 2 Richtung Stadt.

Öffnungszeiten der Ausstellung: Di–Fr 10–21 h, Sa 10–18 h, So 13–18 h. Cafébar Di–Sa 10–18 h.
Weitere Informationen zu den Veranstaltungen im Internet: www.friedensbrugg.ch

rogramm

Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung, präsentiert von der **Medienhilfe** mit Vanda Mathis
Fr 4.10. 18.30 Uhr KIDS – ein konkreter Beitrag zum zivilen Wiederaufbau und zum Frieden im Kosov@. Der **Service Civil International SCI** stellt sein aktuelles Jugendprojekt vor.
Di 8.10. 18.30 Uhr Kompost und Bio-Paprika für den Frieden: Einblicke in die Projekte. Margrit u. Peter Fankhauser, **Friedensbrugg**
Mi 9.10. 20.00 Uhr «Das ist keine Leben» Vorstellungen von Frieden. Palästinensische Frauen berichten im Film über den Alltag unter der Besatzung. **cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit**, Barbara Müller, Bianca Miglioretto
Do 10.10. 18.30 Uhr Arbeit Schweizerischer Gemeinden für Frieden und Demokratie in Südosteuropa: **GGS – Gemeinden Gemeinsam** Schweiz: Marianne von Grünigen, Andreas Kohlschütter. Film über Gemeinde-Mitwirkung und Kurzreferate von Projekt-Betreuern über die Arbeit von GGS

Die Offene Kirche Elisabethen in Basel ist leicht erreichbar: Elisabethenstrasse 10, Tramstation Bankverein, 10 Min. zu Fuss vom Bahnhof SBB entlang der Tramlinie 2 Richtung Stadt.

Öffnungszeiten der Ausstellung: Di–Fr 10–21 h, Sa 10–18 h, So 13–18 h. Cafébar Di–Sa 10–18 h. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen im Internet: www.friedensbrugg.ch

Am 22. September:

Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung.

Nein

zum Elektrizitätsmarkt-gesetz

Komitee gegen das Elektrizitätsmarktgesetz, info@emg-nein-danke.ch






Wo wir uns engagieren, sind schon einfachste Mittel wertvoll: Wir helfen dort eine gerechte medizinische Grundversorgung zu organisieren, wo Menschen ihre Situation selber in die Hand nehmen. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung: PC 80-7869-1

Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich
Postfach 1215, 8031 Zürich, Tel. 01 273 15 55,
E-Mail: info@css-zh.ch, **www.css-zh.ch**



Projekte in Cuba, El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Eritrea, Palästina, Vietnam



Viermal im Jahr feministische

Lichtblicke

von engagierten Autorinnen, zu politischen & kulturellen Themen

Aktuelle Hefte:

Boulevard 02/1, Essen 02/2, Rot 02/3, Stadt 02/4

Abonnemente und Geschenkabonnemente zu Fr. 40.- und Einzelhefte zu Fr. 10.- gibt's unter 01 272 73 71 (fon) oder 01 272 81 61 (fax), fraz@fembit.ch (e-mail) oder FRAZ, Postfach, 8031 Zürich.

FrauenLesbenAgenda

Die BOA im ABO

Jeden Monat die Frauenveranstaltungen der Deutschschweiz auf einen Blick.

Jahresabo für Fr. 66.-

Absenderin

☐ Jahresabo ab Monat

☐ Geschenk-Abo ab Monat

☐ Ich wünsche neutrale Zustellung

BOA | Aemtlerstr. 74 | 8003 Zürich | Fon + Fax: 01-461 90 44
e-mail: boa@fembit.ch | http://www.boa.fembit.ch

Inserate in der FriZ:

Telefon 01 242 93 21

Fax 01 241 29 26

Mail friz@efriz.ch

Bewusstseins-erweiternd –

Entwicklungseinsatz mit

INTER TEAM
Fachleute im Entwicklungseinsatz

Infos:
Untergeissenstein 10/12
Postfach, 6000 Luzern 12
Tel: 041/ 360 67 22
www.interteam.ch

Nachdiplomkurse

- Interkulturelle Mediation (jeweils Freitag/Samstag)

20 Kurstage zu 8 Lektionen,
Beginn 13.9.02 oder 9.5.03.
Ort: Luzern, Nähe Bahnhof.
Kurskosten: Fr. 4500.–

Neu: eLearning-Kurse:

- Konflikt- und Kriseninter-vention in interkulturellen Feldern
- Forschung und Beratung in interkulturellen Feldern

Kurskosten: Fr. 3980.–

Infos:
Institut für Kommunikations-forschung, Bahnhofstrasse 8,
CH - 6045 Meggen,
Telefon 041 377 39 91
ikfj@centralnet.ch
Web-Seite www.ikf.ch

Termine, Workshops, Veranstaltungen

Schweizer Frauen-Bericht – Wir reden mit!
Tagung zur Uno-Frauen-Konvention: Informationen und Diskussion über den ersten Schweizer Staatenbericht zur Frauen-Konvention, der nächstens vom Uno-Ausschuss in New York behandelt wird.
Samstag, 31. August 2002, 13.30 bis 17.30 Uhr, Dreifaltigkeitszentrum Bern, Sulgeneckstrasse 13 (Rotonda)

forum cinfo 2002
Eine Informationsveranstaltung des «centre d'information, de conseil et de formation» cinfo zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Es nehmen über 70 Organisationen und Institutionen teil.
Samstag, 7. September 2002, 10 bis 16 Uhr, Kongresshaus Biel, Zentralstrasse 60

Die Kirche und die Globalisierung
Offene Tagung: Forum Ökumene 2002. Mit Referaten und in Arbeitsgruppen wird die Diskussion um die Auswirkungen der Globalisierung in der Region Bern-Jura und in der Schweiz bewusst in den Kontext von Stimmen und Analysen aus der weltweiten Ökumene gestellt.
Montag, 9. September 2002, 9 bis 17 Uhr, Kirchgemeindehaus Johannes, Wylerstrasse 5, Bern. Tagungsprogramm mit Anmeldetalon: Fachstelle OeME, Speichergasse 29, 3011 Bern, 031 313 10 10 oeme@refkirchenbeju.ch

Selbstsicherheit ist lernbar – Selbstverteidigung erst recht
Der Verein IMPACT Selbst-Sicherheit besteht seit 10 Jahren und stellt aus diesem Anlass sich und seine Methoden der Öffentlichkeit vor.
Samstag, 21. September 2002, am Morgen Aktionen an öffentlichen Orten in Zürich, am Nachmittag im IMPACT-Kursraum, Hardturmstrasse 68, 8005 Zürich. Auskunft: Tel. 01 440 72 72, www.selbstsicherheit.ch

Welt und Wirtschaft – wohin?
Aktuelle Orientierungsangebote, Büchervernissage und Gespräch mit Franz Hinkelammert, Peter Ulrich und Beat Dietschy.
Freitag, 27. September 2002, 19.30 Uhr, Katharinensaal, Katharinengasse 11, St. Gallen. Veranstalterin: Arbeitsstelle OeME und Buchhandlung Comedia.

«Friede den Menschen auf Erden»
Ein politisches Seminar in vier Teilen. Je zwei verschiedene Standpunkte zu den Themen: Imperialismus/Patriarchat. Migration/Repression. Friedenspolitik. Palästina/Israel
27./28. September 2002 (Migration/Repression), 25./26. Oktober 2002, (Friedenspolitik), 29./30. November 2002 (Palästina/Israel), Basel. Info und Anmeldung: «Friede den Menschen auf Erden», Postfach 3733, 4002 Basel

Häusliche Gewalt
Gewaltdynamik – Intervention – Begleitung betroffener Frauen: Das Weiterbildungsseminar sensibilisiert in der Wahrnehmung von häuslicher Gewalt und erweitert die Handlungskompetenz von Leuten, die bei ihrer Arbeit mit häuslicher Gewalt konfrontiert werden.
3./4. Oktober 2002, Paulus-Akademie, Carl Spitteler-Strasse 38, 8053 Zürich Telefon 01 381 34 00 paz.veranstaltungen@bluewin.ch Anmeldung bis 5. September

Zwei Kulturen in der Familie leben
In den Greyerzer Voralpen andere Menschen und ihre Erfahrungen mit kultureller Verschiedenheit in der Familie kennen lernen. Eine spannende Woche für Familien jeder Art. Kurskosten 150.– und 250.–, Unterkunft und Verpflegung 350.– pro erwachsene Person, 190.– für das erste und zweite Kind.
13. bis 19. Oktober 2002, Anmeldeschluss: 13. September, Information: Friedensdorf, Bouleyres, 1636 Broc, Telefon 026 921 96 42 friedensdorf@mcnet.ch

Im Zeichen des Einen
Frauenblicke auf gewaltfördernde und befreiende Traditionen in Judentum, Christentum und Islam. Interreligiöser Theologiekurs für Frauen.
2./3. November 2002, 17./18. Januar 2003, 15./16. März 2003, 17./18. Mai 2003. Info und Anmeldung: Studienzentrum Boldern, 8708 Männedorf Telefon 01 921 71 20, tagungen@boldern.ch



FriZ

Die FriZ zum abonnieren und verschenken

Alle zwei Monate lesen Sie in der FriZ – **Zeitschrift für Friedenspolitik** Berichte über Ereignisse und Entwicklungen in der Friedenspolitik im In- und Ausland, erfahren das Neueste über aktuelle friedenspolitische Kontroversen und Debatten, bleiben punkto Friedensforschung auf dem Laufenden. Dies und mehr beleuchtet die FriZ immer auch mit einem ökologischen, feministischen, ökonomischen und solidarischen Blick.

Ich abonniere die FriZ wie folgt:

☐ Jahres-Abo
Ich abonniere die FriZ für Fr. 60.– pro Jahr (Ausland: Fr. 70.–)

☐ Legi-Abo
Als StudentIn/SchülerIn zahle ich Fr. 40.– pro Jahr (Legi-Kopie beilegen)

☐ Geschenk-Abo
Ich verschenke ein FriZ-Abo für Fr. 60.– pro Jahr (Ausland: Fr. 70.–)

☐ Ich will zuerst ein Probe-Abo — Ich erhalte gratis 2 Ausgaben der FriZ zur Ansicht!

Mein Name

Meine Adresse

Meine PLZ/Ort

Name der/des Beschenkten

Adresse der/des Beschenkten

PLZ/Ort der/des Beschenkten

Datum und Unterschrift

Einsenden an: Redaktion FriZ, Postfach 6386, 8023 Zürich. Faxen an: 01/241 29 26.

Impressum

FriZ Nr. 4/02	August 2002
ISSN	1422-3627
Postadresse	Redaktion FriZ, Zeitschrift für Friedenspolitik, Postfach 6386, 8023 Zürich
Telefon	01 242 22 93 o. 01 242 85 28
Fax	01 241 29 26
E-Mail	friz@efriz.ch
Internet	www.efriz.ch
Mitarbeit	Monika Allenspach, Detlev Bruggmann, Christian Engeli, Peter Schneider, Christa Zopfi.
Verantwortlich	Detlev Bruggmann
Titelblatt	Christian Engeli
Druck	ediprim AG, Biel. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier, ohne Holzanteil

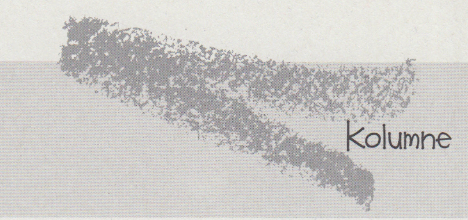
Vorschau

Thema FriZ 5/02

Erziehung zur Gewalt?

FriZ 5/02 erscheint im Oktober 2002

Stop our kids to kill



Von Heinrich Frei

Jugendlichen und auch uns ist es sicher unverständlich, wie man Videospiele mit gewalttätigen Szenen verbieten und an Schulen den Kindern Strategien zur gewaltfreien Konfliktlösung beibringen will, wenn gleichzeitig die meisten Regierungen zur internationalen Konfliktlösung auf Militär statt Verhandlungen setzen.

Trotzdem ist es wichtig, dass in Deutschland und anderswo versucht wird, Videospiele und Fernsehfilme zu verbieten, die Jugendliche einer Gehirnwäsche punkto Mord und Totschlag unterziehen. Der Amokläufer von Erfurt hat bekanntlich seine Erschiessungen mit Computerspielen wie «Counterstrike» geübt; er hat gar nicht so oft im Schiessstand gestanden. Der ehemalige US-Militärpsychologe Dave A. Grossmann* hat darauf hingewiesen, dass ähnliche, aber eher weniger brutale Spiele als «Counterstrike» von der US-Armee benutzt werden. Sie sind als P13 klassiert, das heisst sie sollten erst von Jugendlichen ab 13 Jahren in Begleitung eines Erwachsenen benutzt werden. Die US-Army setzt diese «Spiele» ein, um Teenager zu trainieren, die in die Armee eintreten möchten. Jugendliche lernen in diesem militärischen Vorunterricht, mit den Computerspielen Menschen virtuell zu töten.

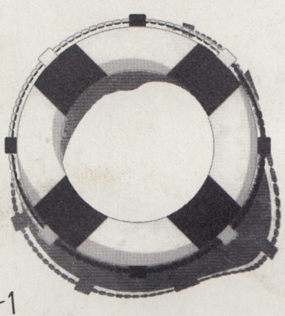
Kindern wird auch hierzulande in Warenhäusern noch brutaleres Material verkauft, als es von Streitkräften zum Nahkampftraining verwendet wird. In Armeen haben diese Videospiele den Zweck, die Handhabung der Waffen zu automatisieren und die Soldaten systematisch zu desensibilisieren. Sie lernen reflexartig zu schiessen, ohne sich dann im Kampf zu überlegen, dass das Gegenüber ein lebendiger Mensch ist. Der Soldat hat vorher schon tausendmal virtuell Gegner umgebracht, er hat schon so oft gesehen, wie der Feind verletzt, blutend zu Boden ging. Dieses Trainingsmaterial wurde entwickelt, weil früher an der Front nur sehr wenige Soldaten den Feind wirklich ins Visier nahmen. Die natürliche Hemmung zu töten war zu gross.

* Dave A. Grossmann und Gloria DeGaetano: Stop our Kids to Kill. Erscheint 2002 auch auf Deutsch. http://www.killology.com

Wer hat noch nicht? Wer will noch mal?

Ein dickes Dankeschön allen LeserInnen und SympathisantInnen, die bisher auf unseren Aufruf reagiert haben!

Kampagne «Rettet die FriZ!», PC 80-35870-1





Redaktion & Verlag: FriZ, Postfach 6386, CH-8023 Zürich

AZB
2500 Biel-Bienne 1
PP/Journal
CH-2500 Biel-Bienne 1

Adressberichtigung melden

Zutreffendes ankreuzen – Marquer ce qui convient – Porre una crocetta secondo il caso					
Weggezogen; Nachsendefrist abgelaufen A déménagé; Délai de réexpédition expiré Traslocato; Termine di rispedizione scaduto	Adresse ungenügend Adresse insuffisante Indirizzo insufficiente	Unbekannt Inconnu Sconosciuto	Annahme verweigert Refusé Respinto	Gestorben Décédé Decesso	Abgereist ohne Adressangabe Parti sans laisser d'adresse Partito senza lasciare indirizzo

11983

Liberation
339 Lafayette Street
USA N.Y. 10012

Rettet die FriZ!

Kampagne
«Rettet die FriZ!»
PC 80-35870-1